

Sascha Schießl

# »Das Tor zur Freiheit«

Kriegsfolgen, Erinnerungspolitik  
und humanitärer Anspruch  
im Lager Friedland (1945–1970)



Wallstein

Sascha Schießl  
»Das Tor zur Freiheit«

Veröffentlichungen des  
Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen

Herausgegeben von Dirk Schumann,  
Cornelia Rauh und Petra Terhoeven

Band 31

Sascha Schießl

»Das Tor zur Freiheit«

Kriegsfolgen, Erinnerungspolitik und  
humanitärer Anspruch im Lager Friedland  
(1945 – 1970)



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Geschwister Boehringer  
Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften  
und der Axel Springer Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2016  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond  
Umschlagkonzept: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann,  
unter Verwendung einer Fotografie aus dem Jahr 1954,  
Ansprache des Bundeskanzlers Konrad Adenauer

© Foto: Fritz Paul

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN (Print) 978-3-8353-1845-8

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2967-6

# Inhalt

I.	Einleitung . . . . .	7
II.	Wege nach Friedland	
	Ethnizität, Identität und Rassenpolitik im östlichen Europa . . .	41
	1. Menschen als Verfügungsmasse – Bevölkerungsverschiebungen und die Idee der ethnischen Homogenisierung . . . . .	43
	2. Germanisierung und Besatzungspolitik – Umsiedlungen, Deportationen und die »Deutsche Volksliste«	50
III.	Flüchtlinge und Vertriebene	
	Die Bewältigung der Kriegsfolgen in der unmittelbaren Nachkriegszeit . . . . .	69
	1. Umgang mit Entwurzelungen – Lager als transitorische Orte im Nachkriegsdeutschland . . . . .	72
	2. Chaos und Nothilfe – Friedland als Schleuse der britischen Besatzungszone. . . . .	103
	3. Vom Provisorium zum herausgehobenen Ort – Verwaltung, Verbände und Öffentlichkeitsarbeit Ende der 1940er Jahre . . .	128
IV.	Die letzten Kriegsheimkehrer	
	Friedland als politischer und emotionaler Ort der frühen Bundesrepublik . . . . .	159
	1. Vermisste, Kriegsgefangene, Suchende – Verlustgeschichten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. . . . .	163
	2. Die »Heimkehr der Zehntausend« als emotionales und politisches Ereignis . . . . .	191
	3. Wachsende Vorsicht – die Debatten um Kriegsverbrecher und die Aufnahme der Nichtamnestierten . . . . .	237
	4. Friedland als Erinnerungsort für die Aufnahme der Heimkehrer . . . . .	281

V.	Aussiedler und »Heimkehrer«	
	Von der Deutschtums- zur Zuwanderungspolitik . . . . .	300
	1. Die Aufnahme von »Deutschen« – Identität, Zugehörigkeit und Volkstumspolitik in der Bundesrepublik . . . . .	304
	2. Verwaltungshandeln und die Bewältigung der Kriegsfolgen . .	340
	3. Fürsorge, Kontrolle, Bevormundung – Aussiedler und »Heimkehrer« in Friedland und der Bundesrepublik . . . . .	357
	4. Experten vor Ort, Multiplikatoren in der Bundesrepublik – Lokale Akteure und der »Geist von Friedland« . . . . .	379
VI.	Schluss: Das Lager Friedland als »Tor zur Freiheit«?	432
VII.	Danksagung . . . . .	438
VIII.	Anhang	
	1. Abkürzungsverzeichnis . . . . .	441
	2. Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	442
	3. Personenregister . . . . .	472
	4. Sachregister . . . . .	474

# I. Einleitung

Am 20. September 1945 richtete die britische Militärverwaltung von Stadt und Landkreis Göttingen ein Flüchtlingslager in Friedland ein. In dem kleinen Dorf, etwa fünfzehn Kilometer südlich der Universitätsstadt gelegen, hatten die Briten die Ställe eines landwirtschaftlichen Versuchsguts der Georgia Augusta beschlagnahmt. Um Zelte und später Nissenhütten ergänzt, entstand dort in unmittelbarer Nähe zur sowjetischen und amerikanischen Besatzungszone ein provisorisches Lager. Hier sollten all jene Menschen registriert, entlastet, versorgt und dann rasch weitergeleitet werden, die die sich verfestigende Grenze zwischen der sowjetischen und der britischen Zone überqueren wollten.<sup>1</sup> Was als Provisorium begann, besteht ungeachtet infrastruktureller Umformungen, wechselnder Zuständigkeiten, mehrerer Namensänderungen sowie des fortwährenden Wandels von Funktionen und Aufgaben auch nach fast siebenzig Jahren fort. Seit September 1945 wurden hier mehr als vier Millionen Menschen betreut,<sup>2</sup> die anfangs oft nur wenige Stunden im Lager verbrachten. Später blieben Betreute zumeist einige Tage in Friedland. In den letzten Jahren beträgt die Verweildauer mitunter mehrere Wochen.

In den Jahren nach Ende des Krieges war das Lager zunächst ein wichtiger Aufnahmeort für Hunderttausende Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte, Grenzgänger sowie entlassene Kriegsgefangene. Seit 1950 wurden hier vor allem Aussiedlerinnen und Aussiedler aus dem östlichen Europa registriert, die als »deutsche Volkszugehörige« in der Bundesrepublik aufgenommen wurden. Andere Gruppen wie die Zuwanderer aus der SBZ/DDR, die Flüchtlinge aus Ungarn oder die *boat people* aus Vietnam wurden zumeist dann in Friedland betreut, wenn das Lager nur wenig belegt war. Bundes- und niedersächsische Landesregierung nutzten in solchen Fällen die infrastrukturellen Möglichkeiten der Einrichtung, um kurzfristig größere Gruppen von Menschen aufzunehmen, zu versorgen und von dort auf die Länder beziehungsweise die Kommunen zu verteilen. Angesichts der sinkenden Aussiedlerzahlen seit Mitte der 1990er Jahre übernahm das Lager schließlich neue Kernaufgaben. Nachdem die Bundesregierung bereits zuvor in Friedland hatte Kontingentflüchtlinge unterbringen lassen, wurde das Lager Anfang 2011 um eine Außenstelle der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen ergänzt. Friedland dient seither, auch wenn in geringem Umfang weiterhin Aussiedler registriert werden, vor allem der Erstaufnahme von Asylbewerbern, die dem

1 Vgl. zur Einrichtung des Lagers Dagmar Kleineke, Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945-1955, Göttingen 1992, S. 7-10, siehe außerdem *Kapitel III.2.*

2 Siehe Statistik für die Jahre 1945 bis 2007 in: [Lagerverwaltung Friedland,] Lagerchronik Friedland II, unpaginiert.

Land zugewiesen sind. Mit dem starken Anstieg der Zahl der Flüchtlinge insbesondere aus Syrien seit dem Sommer 2015 war auch Friedland – wie oft in seiner Geschichte – weit über die bestehenden Kapazitäten hinaus belegt.<sup>3</sup>

Mit diesen vielfältigen Aufgaben während seines über siebzigjährigen Bestehens ist das Lager Friedland nicht nur die langlebteste Institution seiner Art in der Bundesrepublik und vermutlich sogar in Europa. Zugleich ist das Lager bis heute ein weithin positiv wahrgenommener, symbolisch stark aufgeladener Ort, der, so nicht nur die lokale Wahrnehmung, durch ein hohes Maß an selbstloser Hilfsbereitschaft gekennzeichnet sei und für praktisch alle dort Betreuten den Beginn eines neuen Lebens markiert habe. Während die Flüchtlingslager der frühen Nachkriegszeit als Elendsorte galten, in denen die widerwillig Aufgenommenen mehr hausten denn wohnten,<sup>4</sup> wurde Friedland schon in den späten 1940er Jahren als »Tor der Hoffnung«, als »Tür im Eisernen Vorhang« oder als »Drehscheibe menschlicher Schicksale« charakterisiert.<sup>5</sup> Nur wenig später kam die bis heute prägende Metapher vom »Tor zur Freiheit« hinzu.<sup>6</sup> Die sogenannte »Heimkehr der Zehntausend«, die Ankunft der letzten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus der Sowjetunion Mitte der 1950er Jahre, bedeutete dann einen weiteren Bekanntheitsschub für die Einrichtung und steigerte nochmals die emotionale und politische Aufladung des Ortes.<sup>7</sup> Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* war das Lager im Januar 1958 eine »Schleuse für das Leidenserbe des Kriegs. Ein Schau-Platz der Geschichte der Deutschen.«<sup>8</sup> Eine solche Perspektive nahm rund vierzig Jahre später auch der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) ein. Schily begründete im Herbst 1999 die nach längerer Debatte getroffene Entscheidung der Bundesregierung, Friedland als Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler zu erhalten, gerade auch mit der Geschichtsträchtigkeit des Ortes und bekundete seinen »Respekt vor einem historischen Standort, der einen hohen Symbolwert innerhalb der deutschen Nachkriegsgeschichte hat.«<sup>9</sup> Einige Jahre danach erklärte der niedersächsische Landtag parteiüber-

3 Ausnahmezustand im Aufnahmelager Friedland, in: NDR Fernsehen, Hallo Niedersachsen vom 14. September 2015, 19.30 Uhr.

4 Siehe dazu eingehend *Kapitel III.1.*

5 Friedland – Tor der Hoffnung, in Abendpost vom 24. Dezember 1947, Die Tür im Eisernen Vorhang, in: Die Welt vom 13. Dezember 1947, Friedland – Drehscheibe menschlicher Schicksale, in: Wochenend (Nürnberg) vom 14. Januar 1949, alle Ausschnitte in: Lagerchronik Friedland I, P. 35, 41, 59.

6 Werbebrief des Evangelischen Hilfswerks Friedland von Pfingsten 1950, in: Museum Friedland [MF], Sonderbestand Tomm.

7 Dazu siehe ausführlich *Kapitel IV.2.*

8 Friedland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung [FAZ] vom 31. Januar 1958, S. 1.

9 »Respekt vor einem historischen Standort«, in: FAZ vom 29. September 1999; vgl. auch Friedland gerettet, in: Göttinger Tageblatt [GT] vom 28. September 1999, »Extrablatt«.

greifend, dass das Lager nicht zuletzt aufgrund »seiner historischen Bedeutung als ›Tor zur Freiheit« erhalten bleiben müsse.<sup>10</sup>

Doch wie kam es dazu, dass ausgerechnet eine als *Lager* firmierende Institution solch ungebrochen positive, oft mit einem hohen Ton einhergehende Zuschreibungen auf sich ziehen konnte? Warum wird Friedland bis heute als »Tor zur Freiheit« wahrgenommen? Um diese besondere Entwicklung Friedlands nachzuvollziehen, verortet die vorliegende Studie die langlebige Institution in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Sie widmet sich einerseits der Rolle Friedlands bei der Bewältigung spezifischer Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik und fragt andererseits nach der Bedeutung des Lagers für die bundesdeutsche Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik im Kontext dieser Kriegsfolgenbewältigung. Die Untersuchung versteht sich damit als ein Beitrag zur Nachgeschichte des »Dritten Reichs« und des Zweiten Weltkrieges sowie zum westdeutschen Umgang mit dieser Vergangenheit, die die gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung im geteilten Deutschland in zentraler Weise prägte.<sup>11</sup> Sie schreibt sich zugleich ein in die Geschichte der Lager, einer Institution, die seit dem »Dritten Reich« und dem Zweiten Weltkrieg untrennbar mit Ausgrenzung, Zwang und Völkermord verknüpft ist und bis heute Not, Elend, Chaos und die als bedrohlich wahrgenommene Auflösung gesellschaftlicher Strukturen und Sicherheiten symbolisiert.<sup>12</sup> Mit dieser Schwerpunktsetzung liegt die Arbeit an der Schnittstelle zwischen Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte.

10 Niedersächsischer Landtag – Parlamentsarchiv Hannover [ArchNL], Entschließung des nds. Landtages »Zukunft des Grenzdurchgangslagers Friedland; Verbesserung der Integration der Spätaussiedler« vom 11. Oktober 2006, 15. WP, Drucksache 15/3237; vgl. auch die entsprechende Debatte in: ArchNL, 15. WP, 101. Plenarsitzung des Nds. Landtages am 11. Oktober 2006, S. 11825–11831. – Der unter der Ägide des niedersächsischen Innenministeriums gestaltete Aufbau eines Museums im Lager nimmt ebenfalls Bezug auf diese Chiffre. Vgl. die Darstellung auf <http://www.museum-friedland.de> (zuletzt abgerufen am 15. September 2015).

11 Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2007, hier insbesondere S. 16–20; vgl. auch ders./Harald Schmid/Peter Steinbach, Die »zweite« Geschichte der Hitler-Diktatur. Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung, Deutung, Erinnerung, München 2009, S. 7–21. – Auch »Europas Gedächtnis« (Arnd Bauerkämper) nahm und nimmt immer wieder Bezug auf diese Vergangenheit(en); vgl. Arnd Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945, Paderborn/München/Wien/Zürich 2012.

12 Vgl. Alf Lüdtke, Lager – Lagerleben, Überleben?, in: Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen 29 (2000) Nr. 3, S. 139–143; Joël Kotek/Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung, Berlin 2001. – Aus sozialwissenschaftlicher und politisch dezidiert linker Perspektive werden die Lager der Bundesrepublik analysiert von Tobias Pieper, Die Gegenwart der Lager. Zur

*Fragestellung: Kriegsfolgenbewältigung, Lager und Erinnerungspolitik*

Während der längsten Zeit seiner Geschichte bestand die zentrale Aufgabe des Lagers Friedland darin, mittelbare Folgen der deutschen Besatzungsherrschaft und Germanisierungspolitik während des Zweiten Weltkrieges zu bewältigen. Mit Krieg und Besatzung war gerade im östlichen Europa eine millionenfache Auslese von Menschen auf völkischer und rassistischer Grundlage einhergegangen.<sup>13</sup> Zum einen siedelten die deutschen Behörden in großer Zahl sogenannte »Volksdeutsche« aus jenseits des Deutschen Reichs gelegenen Regionen um. Zum anderen diente die »Deutsche Volksliste« in den annektierten polnischen Gebieten dazu, die »deutsche Volkszugehörigkeit« eines Teils der Bevölkerung zu bestätigen und gleichzeitig jene Menschen als rassistisch minderwertig auszugrenzen, denen die Aufnahme verwehrt blieb. Beide Verfahren standen zugleich in einem untrennbaren Zusammenhang mit Verbrechen an der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung, die im Zuge der Germanisierungspolitik verdrängt, deportiert oder ermordet wurde.<sup>14</sup> Seit der Spätphase des Krieges und dem Zerfall der deutschen Besatzungsherrschaft wurden dann als Folge dieser Germanisierungspolitik unzählige Menschen, die als »Deutsche« umgesiedelt oder über die »Volksliste« als solche kategorisiert worden waren, aus dem östlichen Europa vertrieben, während andere von dort flohen.<sup>15</sup> Gleiches galt für »Reichsangehörige« aus jenen Gebieten, die schon vor 1938 zum Deutschen Reich gehört hatten und nun unter polnische und sowjetische Verwaltung fielen. Darüber hinaus waren mehrere Millionen weiterer Menschen kriegsbedingt fern der Heimat gestrandet und nun auf dem Weg nach Hause – so etwa Evakuierte, Verschleppte, frühere Soldaten oder Angehörige der Besatzungsbehörden. Um einige dieser kriegsbedingten Wanderungs- und Fluchtbewegungen zu steuern und die Folgen der Vertreibungsmaßnahmen zu kanalisieren, entstanden nach Kriegsende überall im besetzten Deutschland Durchgangs- und Auffanglager, von denen Friedland schon bald eines der wichtigsten wurde.

Seit Ende der 1940er Jahre fungierte das Lager dann als eine wichtige Schleuse für Menschen, die nach dem Ende der unvollständig gebliebenen

Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik, Münster 2008. – Für weitere Verweise vgl. weiter unten den Abschnitt *Forschungsstand*.

- 13 Zur deutschen Besatzung siehe einführend Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009; hierzu und zu dem Folgenden siehe Gerhard Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen*, Hamburg 2012. – Vgl. auch ausführlich *Kapitel II.2*.
- 14 Zu diesen Zusammenhängen siehe Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main <sup>3</sup>2005; vgl. auch *Kapitel II.2*.
- 15 Mathias Beer, *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*, München 2011. – Für weitere Arbeiten siehe den Abschnitt *Forschungsstand*.

Vertreibungsmaßnahmen im östlichen Europa als »Deutsche« verstanden wurden oder sich als solche definierten und nun in die Bundesrepublik übersiedeln wollten.<sup>16</sup> Vielen dieser Menschen, die seit 1950 als »Aussiedler« in die Bundesrepublik kamen, war während des Krieges von den deutschen Besatzungsbehörden mit den Eintragungen in die Volksliste beziehungsweise den Einbürgerungen nach den Umsiedlungen eine vermeintlich eindeutige ethnische Identität zugewiesen worden. In anderen Fällen hatte dies ihre Vorfahren betroffen. Nach dem Krieg dienten diese Kategorisierungen der NS-Volkstumspolitik nun den westdeutschen Behörden vielfach als Grundlage für eine Entscheidung darüber, wer in Friedland beziehungsweise der Bundesrepublik um Aufnahme ersuchen konnte und als »deutscher Volkszugehöriger« oder »deutsche Volkszugehörige« anerkannt wurde. Erst mit dem wachsenden Abstand zum Krieg rückten diese Zusammenhänge mehr und mehr in den Hintergrund.

In welcher Weise wurden nun mit der Aufnahme von Flüchtlingen, Vertriebenen, Kriegsheimkehrern und Aussiedlern in Friedland, aber auch innerhalb der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft spezifische Folgen von NS-Herrschaft, Krieg und Germanisierungspolitik bewältigt? Welche Akteure waren daran beteiligt, gesellschaftliche (Neu-)Ordnungsvorstellungen praktisch anzuwenden und individuelle wie kollektive Statuszuweisungen vorzunehmen? Inwiefern griffen die Friedländer Lagerleitung, aber auch die Verwaltungen von Kommunen, Ländern und Bund auf Kategorisierungen der deutschen Besatzungszeit zurück, wenn sie über die Volkszugehörigkeit der Aufgenommenen zu befinden hatten? Bei den entlassenen Kriegsgefangenen stellt sich zudem die Frage, wie diese in Friedland empfangen wurden und inwieweit ihre Ankunft mit der deutschen Kriegsführung im östlichen Europa und einer etwaigen strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen verbunden wurde.

Diesen Fragen auch über die Institution Friedland hinaus nachzuspüren ist gerade deshalb aufschlussreich, weil die Bewältigung dieser spezifischen Kriegsfolgen das Lager eng an zentrale zeitgenössische Debatten der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft band. Diese wiederum bescherten Friedland eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Während sich die Bundesrepublik in den 1950er Jahren wirtschaftlich und technisch modernisierte und sich das demokratische Regierungssystem zusehends stabilisierte, dominierten in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht konservative und

16 Siehe dazu Michael G. Esch, »Gesunde Verhältnisse«. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939-1950, Marburg 1998; Piotr Madajczyk, Die polnische Politik gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße 1944-1950, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung, Osnabrück 2000, S. 163-187.

autoritäre Denk- und Verhaltensweisen.<sup>17</sup> Bis in die späten 1950er Jahre war die westdeutsche Gesellschaft von vielstimmigen Viktimisierungsdiskursen gekennzeichnet. Geprägt waren diese wirkmächtigen Diskurse vom Nachkriegselend, von der alliierten Besatzung, von Gefangenschaft und den Ostvermissten, von Kriegsverbrecherprozessen, von den Bombardierungen deutscher Städte und von der Flucht beziehungsweise der Vertreibung aus Gebieten östlich von Oder und Neiße. Nicht Konzentrationslager, Angriffskrieg, Holocaust, Besatzungs- und Rassenpolitik, sondern das eigene oder sich selbst zugeschriebene Leid während der Kriegs- und vor allem der Nachkriegsjahre bestimmte die Perspektive der Zeitgenossen und die politischen Entscheidungsprozesse der frühen Bundesrepublik.<sup>18</sup> Friedland wurde nicht zuletzt deshalb zu einem wichtigen Kristallisationspunkt solcher erinnerungskulturellen Debatten und der mit ihnen verknüpften politischen Entscheidungsprozesse, weil hier einige der Gruppen aufgenommen wurden, die in der Bundesrepublik in hervorgehobener Weise zu diesen *deutschen Opfern* gezählt wurden – insbesondere die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsheimkehrer.

In welcher Weise schrieb sich Friedland nun in die Viktimisierungsdiskurse ein und welche individuellen wie kollektiven Erinnerungen verdichteten sich an diesem Ort? Mit welchen Realitäten waren die Akteure in Friedland konfrontiert und welche Bilder und Emotionen mobilisierten sie, um die lokalen Vorgänge zu deuten? Wurden die ambivalenten Aufnahmeprozesse vor Ort angesichts der Viktimisierungsdiskurse ausgeblendet, Konflikte und Probleme überdeckt und individuelle Erinnerungen umgedeutet? Oder wirkten die Entwicklungen in Friedland ihrerseits auf die bundesdeutschen Debatten? Inwiefern unterschieden sich die Regelungen, aber auch die öffentlichen Darstellungen der Aufnahme möglicherweise von ihrer sozialen Praxis vor Ort? Und wandelte sich angesichts der Ereignisse in und der Berichte über Friedland die Wahrnehmung der Institution Lager? Zu bedenken ist dabei, dass sich in einem lokalen Umfeld, so Habbo Knoch, »subjektive

17 Zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den 1950er Jahren siehe Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995; Hanna Schissler (Hg.), *The Miracle Years. A Cultural History of West Germany 1949-1968*, Princeton/Oxford 2001.

18 Vgl. Mary Fullbrook, *German National Identity after the Holocaust*, Cambridge 1999; Robert G. Moeller, *War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, Berkeley/Los Angeles/London 2001; ders., *Remembering the War in a Nation of Victims*, in: Schissler, *The Miracle Years.*, S. 83-109; Bill Niven (Hg.), *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*, Basingstoke/New York 2006; Helmut Schmitz (Hg.), *A Nation of Victims. Representations of German Wartime Suffering from 1945 to Present*, Amsterdam/New York 2007.

Erzählformen als Erinnerungsressource halten« konnten, die überregional »zugunsten eines dokumentarischen, auf kollektive Identifikationssymbole angelegten Zugangs in Nischen abgedrängt« wurden.<sup>19</sup> Während sich Erstere dem auf persönlichem Austausch beruhenden, wenige Generationen umfassenden »kommunikativen Gedächtnis« zuordnen lassen, gehören die kollektiven Symbole eher zum »kulturellen Gedächtnis«, dem nach Jan Assmann »jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern, und -Riten«, mit denen diese »ihr Selbstbild stilisiert und vermittelt«. <sup>20</sup>

Am Beispiel des symbolisch vielfältig aufgeladenen Lagers Friedland lässt sich, so die Grundthese, die Wechselwirkung zwischen dem lokalen, viestimmigem »kommunikativen Gedächtnis« und dem zumindest homogen erscheinenden »kulturellen Gedächtnis« der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft eindrücklich nachvollziehen. Denn in Friedland fanden die Viktimisierungsdiskurse nicht allein ihren sinnfälligen Ausdruck. Vielmehr wirkten die Ereignisse vor Ort ebenso auf die Debatten zurück wie auf die politischen Entscheidungsprozesse hinsichtlich der verhandelten Fragen von Aufnahme und Integration. Zugleich zeigt sich, wie viele Akteure auf unterschiedlichen politischen Ebenen und mit ganz eigenen Interessen und Zielsetzungen diese dynamischen Debatten und Aushandlungsprozesse mitgestalteten. Zu ihnen gehörten Regierungen, Politiker und Verwaltungen von Bund, Ländern, Regierungsbezirken und Kommunen. Hinzu kamen diverse *lokale Akteure*, insbesondere die vor Ort tätigen Wohlfahrtsverbände und die Friedländer Lagerleitung. Gerade die lokalen Vertreter der kirchlichen karitativen Verbände bemühten sich intensiv darum, Spenden für ihre Betreuungsarbeit einzuwerben, und beteiligten sich daher sehr nachdrücklich daran, das Lager nach außen möglichst positiv darzustellen. Wie die Lagerleitung waren sie außerdem wichtige Ansprechpartner für Regierungsvertreter und Verwal-

19 Habbo Knoch, Das mediale Gedächtnis der Heimat. Krieg und Verbrechen in den Erinnerungsräumen der Bundesrepublik, in: ders. (Hg.), Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2001, S. 275-300, hier S. 276.

20 Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: ders./Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1988, S. 9-19, hier S. 15. Zu den kollektiven Formen des Erinnerns siehe insbesondere auch Maurice Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart 1967. Das »kollektive Gedächtnis« verweist auf die soziale Bedingtheit des Erinnerns. In seiner Erinnerung müsse das Individuum, so Halbwachs, auf Anhaltspunkte Bezug nehmen, »die außerhalb seiner selbst liegen und von der Gesellschaft festgelegt worden sind«. (S. 35). – Zu den verschiedenen Formen des Gedächtnisses und den theoretischen Zugängen siehe – gerade für die hier in Rede stehende bundesdeutsche Erinnerungskultur – einfürend Aleida Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, vor allem S. 21-58. Für grundlegende theoretische Ausführungen vgl. dies., Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München <sup>3</sup>2006.

tungsbeamte, wenn es darum ging, die Aufnahme bestimmter Gruppen vorzubereiten und anschließend deren Integration in die Nachkriegsgesellschaft umzusetzen. Ferner prägten bundesweit agierende Wohlfahrtsorganisationen, Verbände der Betreuten, Verwandte, Nachbarn, interessierte Privatpersonen sowie die Medien das Umfeld mit, in dem die Gruppen in der Nachkriegsgesellschaft aufgenommen wurden. Dies gilt auch für die Betreuten selbst. Für viele von ihnen wurden Durchgangslager wie jenes in Friedland zu Schwellenräumen. Sie hatten in den meisten Fällen ihre alte Heimat und ihr bisheriges soziales Umfeld hinter sich gelassen oder lassen müssen, ohne schon in der Aufnahmegesellschaft angekommen zu sein. Wie wirkten also diese verschiedenen Akteure mit- und gegeneinander und in welcher Weise trugen sie dazu bei, das Lager Friedland als »Tor zur Freiheit« symbolisch zu überhöhen?

Aufnahmepolitik und öffentliche Debatten waren dabei eng miteinander verbunden. So blieben die nationalsozialistische Germanisierungspolitik und die deutschen Verbrechen der Kriegsjahre als Hintergründe für die Aufnahme der Aussiedlerinnen und Aussiedler wie auch andernorts ausgeblendet. Intern war dieser Zusammenhang durch die behördlichen Vorgänge, mit denen den Aufgenommenen ein rechtlicher Status zugewiesen wurde, selbstverständlich bekannt. Nach außen hingegen lag der alleinige Verweis auf sowjetische oder polnische Zwangsmaßnahmen für die beteiligten Akteure angesichts der Viktimisierungsdiskurse und des weitverbreiteten Antikommunismus der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft ungleich näher und konnte die Hintergründe dieser Aufnahme gleichsam verdecken.<sup>21</sup> Diese Verknüpfungen zwischen Aufnahmepolitik und Vergangenheitsbezug gilt es für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte zu erhellen.

Dabei sind die Wandlungen des bundesdeutschen Umgangs mit der jüngsten Vergangenheit zu berücksichtigen. Denn seit Ende der 1950er Jahre bahnte sich in der Bundesrepublik im Zuge neuerlicher NS-Prozesse, der Verjährungsdebatte und verschiedener Fernsehdokumentationen über das »Dritte Reich« ein differenzierterer Umgang mit der jüngsten Vergangenheit an.<sup>22</sup> Diese Entwicklung ging einher mit einem grundlegenden kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Einstellungs- und Mentalitätswandel, der in unterschiedlicher Perspektive und mit jeweils eigenen Schwerpunkten

21 Zum Antikommunismus siehe Gesine Schwan, *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden 1999; Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hg.), »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.

22 Siehe hierzu einführend Detlev Siegfried, *Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969*, in: Axel Schildt/ders./Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 77-113.

unter anderem als »Modernisierung«,<sup>23</sup> »Westernisierung«<sup>24</sup> oder »Liberalisierung«<sup>25</sup> beschrieben worden ist.<sup>26</sup> Die Zeit des Nationalsozialismus wurde nun gerade auch vor dem Hintergrund einer Welle antisemitischer Straftaten mehr und mehr Gegenstand gesellschaftlicher Debatten.<sup>27</sup> Die personellen Kontinuitäten in Justiz und Politik vom »Dritten Reich« in die Bundesrepublik ließen sich, von einer Kampagne der DDR befeuert, aber zugleich auch innerhalb der westdeutschen Öffentlichkeit intensiver thematisiert, kaum mehr ignorieren. Der Ulmer Einsatzgruppenprozess verstärkte die Notwendigkeit, nationalsozialistische Verbrechen aufzuklären, was schließlich in der Einrichtung der Ludwigsburger Zentralstelle mündete, die die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen der Länder bündelte. Die Festnahme Adolf Eichmanns im Mai 1960 und der Prozess im Folgejahr rückten deutsche Verbrechen ebenso in den Fokus wie breit rezipierte Fernsehdokumentationen, die sich mit dem »Dritten Reich« auseinandersetzten.<sup>28</sup>

23 Schildt/Sywottek, Modernisierung im Wiederaufbau.

24 Anselm Doering-Manteuffel, Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Schildt/Siegfried/Lammers, Dynamische Zeiten, S. 311-341.

25 Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49. Vgl. auch die weiteren Beiträge in diesem Band.

26 Eine Diskussion der verschiedenen Erklärungen und Deutungen bei Friedrich Kießling/Bernhard Rieger, Einleitung: Neuorientierung, Tradition und Transformation in der Geschichte der Bundesrepublik, in: dies. (Hg.), Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 7-27.

27 Zu den antisemitischen Taten und zu den Reaktionen der Bundesregierung siehe Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Berlin 1999 [zuerst 1994], S. 319-344. Für die Bundesregierung waren die Taten weitgehend von der DDR gesteuert.

28 Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich, vor allem S. 78-88; Claudia Fröhlich, Rückkehr zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hg.), Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 105-126; Edgar Wolfrum, Das westdeutsche »Geschichtsbild« entsteht. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und neues bundesrepublikanisches Staatsbewusstsein, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn/München/Wien/Zürich 2005, S. 227-246, vor allem S. 231-243; Axel Schildt, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt am Main/New York 1998, S. 19-54, hier S. 45-54. Zum Prozess in Ulm siehe Claudia Fröhlich, Der »Ulmer Einsatzgruppen-Prozess« 1958. Wahrnehmung und Wirkung des ersten großen Holocaust-Prozesses, in: Jörg Osterloh/Clemens Vollnhals (Hg.), NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundes-

Welche Auswirkungen hatte dieser allmähliche, keineswegs widerspruchsfreie Wandel auf Friedland und die mit dem Lager verbundenen Debatten? Wie wurden, während eine Fokussierung auf deutsche Opfer in der bundesdeutschen Erinnerungskultur nach und nach an Wirkmächtigkeit verlor, das Lager und die dort Betreuten wahrgenommen? Wie sehr waren die Friedländer Akteure noch in der Lage, die Regelungen und Praktiken der Aufnahme mitzugestalten und sich mit Deutungen nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Ereignisse in Friedland Gehör zu verschaffen?

Die vorliegende Untersuchung zielt somit genau auf die Schnittstelle zwischen den oft konkurrierenden erinnerungs- und vergangenheitspolitischen Diskursen einerseits und den komplexen, vielfach widersprüchlichen Prozessen der Aufnahme und gesellschaftlichen Integration von »Deutschen« im Nachgang des Zweiten Weltkrieges andererseits. Am konkreten Ort Friedland zeigt sich nachdrücklich, wie Akteure verschiedener Ebenen miteinander wie gegeneinander spezifische Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges bewältigten und welche divergierenden Interessen, Wahrnehmungen und Konflikte zur Entstehung und Fortentwicklung des Erinnerungsortes beitrugen. Herausarbeiten lässt sich zudem, wie sehr die Prozeduren zur Aufnahme von »Deutschen« in den ersten Nachkriegsjahrzehnten auf Entscheidungen und Definitionen aus der Zeit der nationalsozialistischen Rassenpolitik und Besatzungsherrschaft beruhten und inwieweit diese Zusammenhänge durch erinnerungspolitische und symbolische Zuschreibungen überlagert wurden. Die öffentlichen Inszenierungen und die Aufnahmepolitik werden also samt der mit ihnen einhergehenden politischen Entscheidungsprozesse untersucht und beide miteinander in Beziehung gesetzt. Auf diese Weise lässt sich weit besser verstehen, von wem Aufnahme, Integration und Identität, Erinnerung, politische Inszenierung und öffentliches Gedenken in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik (mit-)gestaltet wurden und in welchem Spannungsverhältnis diese begrifflich keineswegs eindeutigen Felder untereinander standen.

### *Forschungsstand*

Von der historischen Forschung ist das Lager Friedland bislang kaum thematisiert worden. Bei der einzigen monographischen Untersuchung handelt es sich um eine Verwaltungsgeschichte der ersten zehn Jahre, die sich vor allem auf die lokale Arbeit der Lagerleitung und der Wohlfahrtsverbände konzentriert, angesichts der weitverzweigten Geschichte Friedlands aber viele

republik und DDR, Göttingen 2011, S. 232-262; zur Gründung der Zentralstelle vgl. Annette Weinke, »Bleiben die Mörder unter uns?« Öffentliche Reaktionen auf die Gründung und Tätigkeit der Zentralen Stelle Ludwigsburg, in: ebd., S. 263-282.

Forschungsfragen unberücksichtigt lässt.<sup>29</sup> Unlängst erschien ein aus einem studentischen Seminar erwachsener Sammelband, der das Lager unter einem ethnographischen Blickwinkel beleuchtet.<sup>30</sup> Darüber hinaus sind einige weitere lokalgeschichtliche Beiträge punktuell aufschlussreich, etwa zur ersten Hilfe im gerade eingerichteten Lager.<sup>31</sup> Beiträge aus dem Umfeld der Wohlfahrtsverbände lassen sich dagegen in erster Linie als Quellen einordnen.<sup>32</sup>

Im Kontext der Lagerforschung blieb Friedland bis vor wenigen Jahren ebenso wenig beachtet wie viele andere Lager der (west-)deutschen Nachkriegszeit. In der Lagerforschung dominierten, beschränkt man sich auf den deutschen Fall, lange Zeit Studien zu nationalsozialistischen Konzentrationslagern.<sup>33</sup> In der Forschung ist zwar durchaus umstritten, wie die Institution Lager zu charakterisieren ist, welche Verbindungen zwischen ihren verschiedenen historischen Ausformungen bestehen und wo sich etwa Lerneffekte beobachten lassen.<sup>34</sup> Es besteht jedoch wenig Zweifel daran, dass die nationalsozialistischen Lager, allen voran die Chiffre Auschwitz, die Wahrnehmung der Institution maßgeblich und nachhaltig prägten. In diesem Sinne hat Alf Lüdtke darauf hingewiesen, dass der Begriff *Lager* im Deutschen, aber auch in anderen Sprachen, seit der NS-Zeit für »den konkreten Ort wie das Symbol von grenzenloser Brutalität und Völkermord« steht.<sup>35</sup>

29 Kleineke, Entstehung und Entwicklung.

30 Regina Löneke/Ira Spieker (Hg.), Hort der Freiheit. Ethnographische Annäherungen an das Grenzdurchgangslager Friedland, Göttingen 2014.

31 Gesa Snell, Zwischen Hilfsbereitschaft und Konflikt. Göttinger Bürger und ihr Verhältnis zum Grenzdurchgangslager Friedland und den Flüchtlingen in Göttingen, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 39 (1996), S. 45-73. Vgl. auch Hans-Georg Schmeling, Die überfüllte Stadt, in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat (Hg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März - 28. Juni 1985, Göttingen 1985, S. 105-136.

32 Wilhelm Tomm, Bewegte Jahre – Erzählte Geschichte. Evangelische Diakonie im Grenzdurchgangslager Friedland 1945 bis 1985, Friedland 2005. Dies gilt insbesondere auch für zwei zeitgenössische Berichte über das Lager Friedland: Walter Müller-Bringmann, Das Buch von Friedland, Göttingen 1956; Josef Reding, Friedland. Chronik der großen Heimkehr, Recklinghausen 1956.

33 Die Lagerforschung widmete sich, oftmals ergänzt um Verweise auf sowjetische Gulags oder andere Zwangslager, vor allem den Konzentrations- und Vernichtungslagern, ihren inneren Strukturen und äußeren Bedingungen, vgl. etwa Wolfgang Benz/Barbara Distel/Angelika Königseder (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. 9 Bände, München 2005-2009; Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur. 2 Bände, Göttingen 1998, Kotek/Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager. – Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes bei: Alan Kramer, Einleitung, in: Bettina Greiner/ders. (Hg.), Die Welt der Lager. Zur »Erfolgsgeschichte« einer Institution, Hamburg 2013, S. 7-42.

34 Siehe dazu Kramer, Einleitung [zu: Die Welt der Lager].

35 Lüdtke, Lager – Lagerleben – Überleben?, S. 139. Für theoretische Analysen der

Die Forschung zu den Lagern nach dem Zweiten Weltkrieg hat dieser Umstand zunächst indes nicht beeinflusst. Bei zahlreichen Arbeiten zu den Nachkriegslagern handelt es sich vielmehr um lokalgeschichtliche Untersuchungen zur Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die auf eine umfassendere Kontextualisierung verzichten.<sup>36</sup> Nachdem sich vor allem Volker Ackermann und Mathias Beer auch mit konzeptionellen Fragen zur Institution der Nachkriegslager auseinandergesetzt hatten,<sup>37</sup> wird die Forschungslücke nun seit einigen Jahren mehr und mehr geschlossen. Dies gilt insbesondere für die großen Durchgangslager der Bundesrepublik. Zu den Notaufnahmelagern in Uelzen<sup>38</sup> und Gießen<sup>39</sup> laufen Forschungs-

Lager und Lagersysteme siehe Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München/Zürich <sup>12</sup>2008, S. 907-943; Zygmunt Bauman, *Das Jahrhundert der Lager?*, in: Mihran Dabag/Kristin Platt (Hg.), *Genozid und Moderne. Band 1: Strukturen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert*, Opladen 1998, S. 81-99; Kotek/Rigoulot, *Das Jahrhundert der Lager*.

36 Vgl. etwa Heinz Dörr, *Vom Flüchtlingskommissariat zur zentralen Aufnahme-stelle – Rückblick auf 45 Jahre Flüchtlingslager Gießen*, in: *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 81* (1996), S. 49-69; Rolf Volkmann, *Das Flüchtlingslager Mariental (1945-1947) und die Vertriebenen Transporte aus Schlesien (1946-1947). Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Gemeinde Mariental und des Landkreises Helmstedt, Grasleben 1997*; Esther Neblich, *Das Flüchtlingslager in Hof-Moschendorf in der Nachkriegszeit und die Integration der Heimatvertriebenen im Raum Hof*, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung 64* (2004), S. 217-236. Susanne Maier, *Das Grenzdurchgangslager Furth im Wald 1946-57, Stamsried* <sup>2</sup>2006.

37 Volker Ackermann, *Homo Barackensis – Westdeutsche Flüchtlingslager in den 1950er Jahren* in: ders./Bernd-A. Rusinek/Falk Wiesmann (Hg.), *Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger*, Essen 1995, S. 302-315; Mathias Beer, *Lager als Lebensform in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Zur Bewertung der Funktion der Flüchtlingswohnlager im Eingliederungsprozess*, in: ders./Anne von Oswald/Rainer Ohlinger (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 56-75; ders., »Ich möchte die Zeit nicht missen«. *Flüchtlingslager nach 1945 als totale Institutionen?*, in: *Sowi 29* (2000) Nr. 3, S. 186-193.

38 Arne Hoffrichter, *Das Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm (1945-1963). Schleuse im Prozess von Vertreibung und DDR-Flucht. Manuskript der Dissertation. – Ich danke Arne Hoffrichter herzlich dafür, dass er mir das Manuskript seiner Dissertation für meine Arbeit zur Verfügung gestellt hat. – Vgl. auch ders., Heinrich Albertz und die SBZ-Flucht. Zur Rolle Niedersachsens, der Presse und des Durchgangslagers Uelzen-Bohldamm im Prozess der Notaufnahmegesetzgebung 1949/1950*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* (84) 2012, S. 377-409; ders., *Uelzen und die Abgelehnten – Das Flüchtlingslager Uelzen-Bohldamm und die Folgen der SBZ/DDR-Flucht als lokales Problem 1949/50*, in: Henrik Bispinck/Katharina Hochmuth (Hg.), *Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung*, Berlin 2014, S. 190-209.

39 Jeannette van Laak, *Das Notaufnahmelager Gießen*, in *Deutschland Archiv* 2013,

projekte. Auch die Geschichte des Berliner Lagers Marienfelde kann als gut aufgearbeitet bezeichnet werden.<sup>40</sup> Die alliierten Internierungslager sind ebenfalls Gegenstand verschiedener Untersuchungen geworden.<sup>41</sup> Zudem nehmen sich neuere Arbeiten zu den Lagern für *Displaced Persons* gerade auch der gesellschaftlichen Wahrnehmung dieser Einrichtungen sowie dem konfliktbeladenen Nebeneinander der dortigen Bewohner und ihrer Nachbarschaft an.<sup>42</sup> Während die Flüchtlings- und Durchgangslager in zwei kürzlich erschienenen Aufsatzsammlungen keine Rolle spielen,<sup>43</sup> widmet sich ein jüngst von Henrik Bispinck und Katharina Hochmuth herausgegebener Band ganz den Nachkriegslagern.<sup>44</sup> All diese Studien beschäftigen sich in

Bonn 2013, S. 133-144; dies., Das Notaufnahmelager Gießen. Ein Seismograph der deutsch-deutschen Beziehungen?, in: Detlev Brunner/Udo Grasshoff/Andreas Kötzling (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, S. 97-114; dies., Zwischen Bewältigung der Kriegsfolgen und der Einübung demokratischer Prozesse – Das Notaufnahmelager Gießen in den 1950er Jahren, in: Bispinck/Hochmuth, *Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland*, S. 142-163.

- 40 Elke Kimmel, »... war ihm nicht zuzumuten, länger in der SBZ zu bleiben«. DDR-Flüchtlinge im Notaufnahmelager Marienfelde, Berlin 2009; Helge Heidemeyer, *Flüchtlingslager als Bühne der Politik – Die symbolische Bedeutung des Notaufnahmelagers Marienfelde*, in: Bispinck/Hochmuth, *Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland*, S. 74-91.
- 41 Lutz Niethammer, *Alliierte Internierungslager in Deutschland nach 1945. Vergleich und offene Fragen*, in: Christian Jansen/ders./Bernd Weisbrod (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1995, S. 469-492. Der neueste Forschungsstand bei Andrew H. Beattie, *Die alliierte Internierung im besetzten Deutschland und die deutsche Gesellschaft. Vergleich der amerikanischen und der sowjetischen Zone*, in: *ZfG* 62 (2014), Nr. 3, S. 239-256. Zu den sowjetischen Speziallagern siehe Bettina Greiner, *Verdränger Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland*, Hamburg 2010.
- 42 Siehe dazu Holger Köhn, *Die Lage der Lager. Displaced Persons-Lager in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands*, Essen 2012; Jan-Hinnerk Antons, *Ukrainische Displaced Persons in der britischen Zone. Lagerleben zwischen nationaler Fixierung und pragmatischen Zukunftsentwürfen*, Essen 2014.
- 43 Christoph Jahr/Jens Thiel (Hg.) *Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013 fokussiert auf die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Bettina Greiner und Alan Kramer haben mit ihrer Aufsatzsammlung zwar das gesamte 20. Jahrhundert im Blick. Obschon es sich bei den behandelten Lagern laut Kramer um »repräsentative Beispiele« handeln soll, beschränken sich die Beiträge auf die als »Repressionslager« charakterisierten Institutionen. Siehe zur Auswahl: Kramer, *Einleitung*, in: Greiner/Kramer, *Die Welt der Lager*, hier S. 7f. Denselben Zuschnitt hat auch die in diesem Kontext entstandene Themenausgabe des *Mittelweg* 36: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), *Mittelweg* 36, 20 (2011), Nr. 4.
- 44 Bispinck/Hochmuth, *Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland*. Vgl. auch den online verfügbaren Schwerpunkt »Lager nach 1945« im *Deutschland Archiv Online*

unterschiedlicher Ausprägung mit der Bedeutung der Nachkriegslager und der dortigen Abläufe vor allem für die westdeutschen Gesetzgebungsprozesse – im Falle Uelzens etwa für das Notaufnahmeverfahren – oder dem Verhältnis zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen. Dabei werden mitunter auch die symbolischen, politischen und sozialen Funktionen der Einrichtungen thematisiert. Hinsichtlich der Nachkriegslager sind gleichwohl noch viele Forschungsdesiderate zu konstatieren. So vermisst etwa Mathias Beer Studien zum Innenleben der Flüchtlingslager abseits ihrer Wahrnehmung von außen sowie zu ihrer Bedeutung für die Integration der Bewohner in die Nachkriegsgesellschaft.<sup>45</sup> Die strukturellen, personellen und habituellen Kontinuitäten aus der NS-Zeit sind bislang ebenfalls kaum untersucht worden. So wäre durchaus danach zu fragen, ob Personen, die später in der Lager- und Ministerialverwaltung tätig waren, während der Kriegszeit Erfahrungen in Lagern, möglicherweise in den Umsiedlerlagern der Volksdeutschen Mittelstelle,<sup>46</sup> sammeln konnten. Zudem ist noch offen, ob dieselben Personen, die an der Aufstellung der Volkslisten und den Umsiedlungsaktionen während der Besatzungszeit beteiligt waren, nach dem Krieg weiterhin mit Statuszuschreibungen, nun etwa hinsichtlich der Aussiedler oder der »volksdeutschen« Heimkehrer, befasst waren.

Nimmt man weniger die Institution Lager, sondern vielmehr die dort aufgenommenen Gruppen in den Blick, ist der Forschungsstand für Friedland ebenfalls überschaubar. Nur gelegentlich findet das Lager als Ankunftsort entlassener Kriegsgefangener aus der Sowjetunion Beachtung. Angesichts seiner zentralen Bedeutung für die frühe Bundesrepublik ist der Topos der Kriegsgefangenschaft von der Forschung dabei durchaus umfassend behandelt worden. Das Bundesvertriebenenministerium hatte bereits in den 1950er Jahren eine wissenschaftliche Kommission eingesetzt, um das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen aufzuarbeiten. Während ihrer mehr als sechzehn-jährigen Tätigkeit erarbeitete die Kommission einschließlich der Teilausgaben insgesamt 22 Bände, die verschiedene Facetten der Gefangenschaft und zudem alle Gewahrsamsstaaten abdecken.<sup>47</sup> Dieser Studie folgten wei-

unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/158691/lager-nach-1945> (zuletzt abgerufen am 1. Dezember 2014).

45 Mathias Beer, Die deutsche Nachkriegszeit als Lagergeschichte. Zur Funktion von Flüchtlingslagern im Prozess der Eingliederung, in: Bispinck/Hochmuth, Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland, S. 47-71, hier vor allem S. 61-64. Vgl. aber Meryn McLaren, »Out of the Huts Emerged a Settled People«: Community-Building in West German Refugee Camps, in: German History 28 (2010), No. 1, S. 21-43.

46 Vgl. dazu Markus Leniger, Nationalsozialistische »Volkstumsarbeit« und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006. Siehe auch *Kapitel II.2*.

47 Aufgrund politischer Bedenken gab die Bundesregierung die Bände aber erst Ende 1975 für den öffentlichen Verkauf frei. – Erich Maschke (Hg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, 22 Bände, München/Biele-

tere Untersuchungen zur Entlassung der Kriegsgefangenen und ihrer Reintegration in die Nachkriegsgesellschaft.<sup>48</sup> Nach der Öffnung der russischen Archive setzten zudem neue Forschungen zu den Bedingungen der Gefangenschaft in der Sowjetunion und der dortigen Verurteilungspraxis ein.<sup>49</sup> Die Bedeutung gerade der Kriegsheimkehrer aus der Sowjetunion für die bundesdeutsche Erinnerungskultur und dabei insbesondere die Viktimisierungsdiskurse sind in den letzten Jahren unter anderem von Robert Moeller und Frank Biess diskutiert worden.<sup>50</sup> Birgit Schwelling hat den Verband der Heimkehrer (VdH) als wichtigen Akteur für die Popularisierung der Anliegen der Heimkehrer sowie der verbliebenen Kriegsgefangenen benannt und dessen Bemühen herausgearbeitet, die Erinnerung an die Gefangenschaft mit (gesellschafts-)politischen Forderungen zu verbinden.<sup>51</sup> Svenja Goltermann widmete sich den individuellen Erinnerungen von Kriegsheimkehrern an die NS-Zeit sowie den Gewalterfahrungen des Krieges. Sie zeigt auf, wie präsent diese »Erinnerungsfragmente« in den Nachkriegsjahren waren und wie sehr diese Erfahrungen der Heimkehrer einschließlich der mit ihnen verbundenen innerfamiliären und psychischen Probleme über die psychiatrischen Fachdiskurse in die – keinesfalls nur funktional zu fassende – bundesdeutsche Erinnerungskultur einfließen.<sup>52</sup>

feld 1962-1974. Zur Arbeit der Kommission siehe Birgit Schwelling, *Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik. Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957-1975*, in: *VfZ* 56 (2008), Nr. 2, S. 227-263.

- 48 Siehe etwa Arthur L. Smith, *Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen*, Stuttgart 1985; Albrecht Lehmann, *Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion*, München 1986; Annette Kaminsky (Hg.), *Heimkehr 1948*, München 1998; Günter Bischof/Rüdiger Overmans (Hg.), *Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive*, Ternitz-Pottschach 1999.
- 49 Stefan Karner, *Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion*, Wien/München 1995; Andreas Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941-1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung*, Essen 2000; ders./Ute Schmidt/Günther Wagenlehner (Hg.), *Sowjetische Militärtribunale. Band 1. Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1956*, Köln/Weimar/Wien 2001.
- 50 Moeller, *War Stories*; Frank Biess, *Homecomings. Returning POWs and the Legacy of Defeat in Postwar Germany*, Princeton 2006; Elke Scherstjanoi (Hg.) *Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen*, München 2012; Jörg Echternkamp, *Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945-1955*, München 2014.
- 51 Birgit Schwelling, *Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2010.
- 52 Svenja Goltermann, *Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Soldaten und ihre Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg*, München 2009. – Zur Erinnerungskultur siehe weiter unten.

Friedland selbst wurde, obwohl zentraler Aufnahmeort für Hunderttausende entlassene Kriegsgefangene, dagegen noch nicht in den Mittelpunkt des Interesses gestellt. So berücksichtigt Frank Biess die Bedeutung Friedlands und der dort tätigen Akteure für die vielfältigen, mit den Kriegsheimkehrern verbundenen erinnerungspolitischen Diskurse der frühen Bundesrepublik in seiner Studie praktisch nicht.<sup>53</sup> Michael Stolle streift in seinen knappen Untersuchungen der Radioberichterstattung über die Ankunft der letzten Kriegsheimkehrer (und Zivilinternierten) aus der Sowjetunion zwischen Oktober 1955 und Januar 1956 immerhin auch das Lager selbst.<sup>54</sup> Dennoch ist die Forschungslücke, wie gerade das Beispiel der von einer breiten Öffentlichkeit intensiv verfolgten »Heimkehr der Zehntausend« zeigt, augenfällig. Biess und Moeller thematisieren zwar die öffentliche Wahrnehmung der Ankunftsszenen, übergehen aber die komplexen Entscheidungsprozesse, die die Aufnahme dieser letzten Heimkehrer begleiteten. Zugleich fügen sie die Empfänge nahtlos in die bundesdeutschen Viktimisierungsdiskurse ein. Sie übersehen dabei jedoch, wie disparat die vergangenheits- und erinnerungspolitischen Bezüge waren, wie viele Akteure nicht nur an den Aufnahmeprozessen, sondern auch an deren Deutungen beteiligt waren und wie sehr sich die Abläufe während der Entlassungsaktion wandelten.

Hinsichtlich der erinnerungspolitischen Funktionen des Lagers verweist Erhard Schütz darauf, die Ankunftsszenen in Friedland seien zu »Ikonen der Heimkehr« geworden und hätten den »sinnlich evidenten Kern kollektiven Wissens über die Kriegsgefangenschaft« gebildet.<sup>55</sup> Wilfried F. Schoeller kontrastiert in seinem Essayband die Friedländer Aufnahmepolitik und Hilfsbereitschaft mit der »moralische[n] Indifferenz gegenüber der deutschen Schuld«. Zeitgenössisch sei Friedland als »das Tor zur Freiheit; und das ›Symbol für Frieden und Freiheit‹« verstanden worden. In den Nachkriegsjahren habe das Lager als »mythische[r] Großraum« gewirkt, »der sie alle aufnahm, auch wenn er real, in seinen früheren Grenzen, außerordentlich geschrumpft

53 Biess, Homecomings.

54 Michael Stolle, Das Wunder von Friedland. Die Heimkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen und das Radio, in: Rundfunk und Geschichte 31 (2005), Nr. 3-4, S. 20-31; ders., Emotionale Wiedervereinigung. Das Radio und die Heimkehr der Kriegsgefangenen in die BRD, in: Frank Bösch/ Manuel Borutta (Hg.), Die Massen bewegen. Medien und Emotionen in der Moderne, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 325-343.

55 Erhard Schütz, Von Lageropfern und Helden der Flucht. Kriegsgefangenschaft Deutscher – Popularisierungsmuster in der Bundesrepublik, in: Wolfgang Hartwig/ ders. (Hg.), Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S. 181-203, hier S. 187. Vgl. auch die Impressionen bei Claus Leggewie, Heim ins Reich. Friedländer Prozeduren, in: ders., Hessisch-Niedersächsische Angelegenheiten. Artikel, Reportagen, Glossen aus einer Region am Rande, Gudensberg-Gleichen 1986, S. 107-125.

war«. <sup>56</sup> Ohne dies explizit zu formulieren und empirisch zu untermauern, weisen sowohl Schütz als auch Schoeller dem Lager Friedland damit die Funktion eines Erinnerungsortes zu. Analytisch deutlich weiter gehender sind die Beiträge von Birgit Schwellung über den Verband der Heimkehrer und die maßgeblich von diesem verfolgte Errichtung der Friedland-Gedächtnisstätte im Jahre 1967. Schwellung zeigt am Beispiel des Denkmalbaus, wie der Verband der Heimkehrer sich gerade auch des Ortes Friedland bediente, um ein auf Dauer angelegtes, »zentrales Denkmal« zu errichten, das, so zumindest der Anspruch, eine Bilanz des Krieges und seiner Folgen ziehen sollte. <sup>57</sup> Eine systematische Einordnung des Lagers in die erinnerungspolitischen Diskurse der frühen Bundesrepublik steht aber nach wie vor aus.

Der bundesdeutsche Umgang mit dem »Dritten Reich« und seinen Folgen ist Gegenstand einer breiten Forschungsdebatte. Zahlreiche Studien haben herausgearbeitet, wie sehr so verstandene deutsche Opfer in der frühen Bundesrepublik Opfern deutscher Gewaltherrschaft mindestens gleichgesetzt wurden, in vielen Fällen aber ungleich größere Beachtung gefunden haben. <sup>58</sup> Führte die Forschung früherer Jahrzehnte diese verengte Sicht auf die jüngste Vergangenheit auf ein »kollektives Beschweigen« der NS-Zeit (Hermann Lübke) zurück, <sup>59</sup> betonen jüngere Untersuchungen die selektive öffentliche Thematisierung von Nationalsozialismus, Krieg und Nachkrieg. Nach Robert Moeller prägen dominante *war stories*, in denen in erster Linie Deutsche, insbesondere Flüchtlinge und Vertriebene sowie Kriegsheimkehrer, als Opfer des Krieges und seiner Folgen erschienen, nicht nur die bundesrepublikanische Erinnerungskultur, sondern dienten zugleich der Durchsetzung politischer Programme. <sup>60</sup> Weil Moeller vor allem die bundesdeutsche Ebene in den Blick nimmt, erscheint die Erinnerungskultur in seiner Perspektive allerdings recht homogen. Demgegenüber hat Neil Gregor in seiner Mikrostudie der Erinnerungskultur in Nürnberg, der vormaligen »Stadt der Reichsparteitage«, nachgezeichnet, wie fragmentiert die Formen der Erinnerung gerade auf lokaler Ebene sein konnten, wo konkurrierende Opfergruppen um Anerkennung rangen. Die Viktimisierungsdiskurse »served not only to relativise the murderous crimes of Germans [...], but also to mask and bridge the schisms between different war victim communities within German socie-

56 Wilfried F. Schoeller, Mythos der Heimkehr. Das Grenzdurchgangslager Friedland, in: ders., Deutschland vor Ort, Geschichten, Mythen, Erinnerungen, München/Wien 2005, S. 296-311, hier S. 303.

57 Birgit Schwellung, Gedenken im Nachkrieg. Die »Friedland-Gedächtnisstätte«, in Zeithistorische Forschungen 5 (2008), Heft 2, S. 189-210, hier insbesondere S. 189 f.

58 Vgl. neben den bereits genannten Forschungen auch die Beiträge in Reichel/Schmid/Steinbach, Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte.

59 Hermann, Lübke, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579-599.

60 Moeller, War Stories.

ty itself«. <sup>61</sup> Daher sei nur eine vage und verallgemeinernde Erinnerungskultur möglich gewesen, in die auch durch die NS-Zeit Belastete integriert worden seien, während die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft außen vor geblieben seien. Damit knüpft Gregor an Lübbes These an, die »gewisse Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten« habe dazu gedient, »zwar nicht diese Vergangenheiten, aber doch ihre Subjekte in den neuen deutschen Staat zu integrieren«. <sup>62</sup> Auch wenn mit Verweis auf Goltermanns Studie durchaus Zweifel daran erlaubt sind, ob sich die Erinnerungskultur in dieser Weise nachgerade konstruieren ließ, ist als Konsens der Forschung in jedem Fall die Wirkmächtigkeit der bundesdeutschen Viktimisierungsdiskurse festzuhalten. Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen eigneten sich als Anknüpfungspunkte dieser Opferdiskurse, weil ihre Aufnahme im besetzten Deutschland mit dem territorialen Verlust der »Ostgebiete« einherging. Nationale und individuelle Verlusterfahrungen konnten hierüber miteinander verbunden werden. <sup>63</sup> Erst seit Ende der 1950er Jahre wichen diese bis dahin dominierenden Diskurse allmählich einer differenzierteren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und deutschen Verbrechen. Die Akzeptanz der deutschen Ostgrenze wurde, was die Sagbarkeit im öffentlichen Raum betraf, sogar erst mit der Neuen Ostpolitik der sozialliberalen Regierung ab Ende der 1960er Jahre mehrheitsfähig; der Widerstand beschränkte sich nun mehr und mehr auf die Vertriebenenverbände und manche konservativen Kreise. <sup>64</sup>

Lediglich einige konservative Forscher verkehren diese politische Entwicklung, die in einem engen Zusammenhang mit der erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Integration der Vertriebenen in die westdeutsche

61 Neil Gregor, *Haunted City. Nuremberg and the Nazi Past*, New Haven/London 2008, S. 376.

62 Lübbe, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, S. 587.

63 Zu den mit der Chiffre *Flucht und Vertreibung* verbundenen Erinnerungsdiskursen siehe Moeller, *War Stories*; Eva Hahn/Hans Henning Hahn, *Flucht und Vertreibung*, in: Étienne François/Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*. Bd. 1, München 2001, S. 335-351. Hahn und Hahn betonen, dass die Wendung »Fluchtlinge und Vertriebene« »keine deskriptive Bezeichnung« sei, sondern es sich dabei vielmehr um »die Konstruktion einer ganz bestimmten und umstrittenen Form der Erinnerung« handle, die in Westdeutschland parteiübergreifend und von staatlicher Seite gefördert worden sei (S. 338). Zur Historisierung dieser Diskurse siehe ausführlich Eva Hahn/Hans Henning Hahn, *Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2010. – Für die Debatten seit den 1990er Jahren siehe auch Karoline von Oppen/Stefan Wolf, *From the Margins to the Centre? The Discourse on Expellees and Victimhood in Germany*, in: Niven, *Germans as Victims*, S. 194-209.

64 Zu dieser Thematik siehe beispielsweise Katarzyna Stokłosa, *Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990*, Göttingen 2011.

Gesellschaft und der damit einhergehenden schwindenden Bindungskraft der Verbände stand, in ihr Gegenteil. Andreas Kossert skandalisiert in seiner literaturgestützten Arbeit die Aufnahmebedingungen der Vertriebenen in der »kalten Heimat«,<sup>65</sup> anstatt sie wie etwa Paul Erker quellennah im Kontext der Verteilungskämpfe der Nachkriegsgesellschaft zu historisieren,<sup>66</sup> und beklagt die vorgebliche Verdrängung ihres Schicksals aus der kollektiven Erinnerung. Manfred Kittel sieht gar eine zweite »Vertreibung der Vertriebenen«, nämlich aus der bundesdeutschen Erinnerungskultur seit den späten 1950er Jahren.<sup>67</sup> Beide verfolgen damit nicht zuletzt eine eigene erinnerungspolitische Agenda, um die Vertreibungen der Deutschen von den ihnen vorausgegangenen deutschen Verbrechen zu entkoppeln und indirekt die Positionen der Vertriebenenverbände zu stärken.<sup>68</sup>

Die weitere Forschung zum Themenkomplex *Flucht und Vertreibung* ist überaus vielfältig.<sup>69</sup> Zahlreiche Untersuchungen zur Aufnahme der Vertriebenen in der Nachkriegsgesellschaft widmen sich den gesellschaftlichen und politischen Debatten um die Rahmenbedingungen der Aufnahme,<sup>70</sup>

65 Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.

66 Paul Erker, *Revolution des Dorfes. Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingsstrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel*, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988, S. 367-425.

67 Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen. Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982)*, München 2007.

68 Diesen Deutungen ist vielfach widersprochen worden, vgl. etwa Hahn/Hahn, *Die Vertreibung im deutschen Erinnern*, hier S. 425 f. und 485-488; Kurt Nelhiebel, *Die Entkoppelung von Krieg und Vertreibung. Zu Manfred Kittels Deutung der jüngeren europäischen Geschichte*, in: *ZfG* 58 (2010), Nr. 1, S. 54-69). – Eine Debatte zur Ausstellbarkeit von Flucht und Vertreibung sowie über die Konzeption der Dauerausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung stießen Martin Schulze Wessel und andere Osteuropahistoriker an. Die Debatte ist nachzuverfolgen unter <http://www.hsozkult.de/hfn/text/id/texte-1350> (letzter Beitrag vom 18. November 2010, zuletzt abgerufen am 14. November 2014).

69 Zu den Vertreibungen selbst siehe z. B. Wolfgang Benz (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt am Main 1985; Detlev Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum »Transfer« der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen*, München 2001; Mathias Beer, *Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs*, Stuttgart 2005; Matthew Frank, *Expelling The Germans. British Opinion and Post-1945 Population Transfer in Context*, Oxford/New York 2007; Ray M. Douglas, *Orderly and Humane. The Expulsion of the Germans after the Second World War*, New Haven, Conn. 2012.

70 Zu nennen ist neben den erwähnten Arbeiten vor allem Volker Ackermann, *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961*. Osnabrück 1995.

den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Integration sowie lokalen Konflikten zwischen Ankommenen und Einheimischen.<sup>71</sup> Andere Untersuchungen gehen der Frage nach, in welcher Weise der Topos *Flucht und Vertreibung* die westdeutschen Viktimisierungsdiskurse prägte und wie sehr die Vergangenheitspolitik von Rücksichtnahmen etwa auf die lange Zeit einflussreichen Vertriebenenverbände geprägt war.<sup>72</sup> An diese Forschungen anknüpfend lassen sich mit der Thematisierung Friedlands die Wechselwirkungen zwischen den Praktiken der Aufnahme und den Formen der Erinnerung näher beleuchten. Welcher große Erkenntnisgewinn in dieser Verbindung liegt, zeigt sich nicht zuletzt, wenn der Blick erweitert und die Aufnahme der Aussiedler und »Volksdeutschen« ebenfalls einbezogen wird. Diese (in sich wiederum heterogene) Gruppe unterschied sich von den Flüchtlingen und Vertriebenen grundsätzlich durch ihre verzögerte Ankunft in der Bundesrepublik; ihnen kamen dort aber, vereinfacht gesprochen, letztlich derselbe Status und dieselben Rechte zu.

In der Forschung steht die Aufnahme der Aussiedlerinnen und Aussiedler allerdings weitgehend hinter der Frage nach der in absoluten Zahlen weit umfangreicheren Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen zurück. Wie die bundesdeutsche Gesellschaft die Aussiedler wahrnahm, in welche Deutungszusammenhänge ihre Aufnahme gestellt wurde und wie sich ihre »Integration« vollzog, ist bislang vornehmlich von sozialwissenschaftlicher Seite untersucht worden, wobei vorwiegend die Zeit seit den späten 1980er Jahren Beachtung fand.<sup>73</sup> Die Hintergründe für die Aufnahme der Aussiedler in der

71 Siehe unter anderem Rainer Schulze/Reinhard Rohde/Rainer Voss (Hg.), *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-) Deutschland 1945-2000*, Osnabrück 2001; Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hg.), *Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 2002; Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), *Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, Bonn/Bielefeld 2006; Marita Krauss (Hg.), *Integration. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945*, Göttingen 2008.

72 Pertti Aho, *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe, 1945-1990*, Oxford 2003; Andrew Demshuk, *The Lost German East. Forced Migration and the Politics of Memory, 1945-1970*, Cambridge 2012. – Zur Geschichte der Verbände und der Verstrickungen ihrer Vorstände in die NS-Vergangenheit siehe Michael Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das »Dritte Reich«*, München 2013.

73 Vgl. Ruud Koopmans, *Germany and its immigrants: an ambivalent relationship*, in: *Journal of Ethnic and Migration studies* 25 (1999), Nr. 4, S. 627-647; Marianne Takle, (Spät)Aussiedler: From Germans to Immigrants, in: *Nationalism & Ethnic Politics* 17 (2011), Nr. 2, S. 161-182. Während Koopmans den Fokus auf die unterschiedliche Immigrations- und Integrationspolitik der Bundesrepublik hinsichtlich der Aussiedler und anderer Gruppen wie der Gastarbeiter oder der Asylsuchenden legt, konzentriert sich Takle auf die Begrenzung der Zuwanderung

Bundesrepublik wie auch die Entwicklung der ersten Nachkriegsjahrzehnte werden in diesen Beiträgen lediglich verknüpft dargestellt. Der Bezug auf die nationalsozialistische Germanisierungs- und Umsiedlungspolitik, ohne den die Aufnahmebedingungen für die Aussiedlerinnen und Aussiedler nicht zu verstehen sind, fehlt, sieht man von Münz/Ohlinger ab, zumeist völlig.<sup>74</sup>

Bei Forschungen zu den sogenannten »Russlanddeutschen« lässt sich dieses Ungleichgewicht damit erklären, dass in den ersten Nachkriegsjahrzehnten jährlich nur einige Hundert bis einige Tausend Personen aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik aufgenommen wurden.<sup>75</sup> Erst mit Glasnost und Perestroika stieg die Zahl der Aussiedlerinnen und Aussiedler aus dem Gebiet der damaligen Sowjetunion steil an. Die Forschungslücke hinsichtlich der Aussiedleraufnahme aus Polen ist dagegen augenfällig. Immerhin kamen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre über 250.000 Aussiedlerinnen und Aussiedler allein über Friedland in die Bundesrepublik. Dass ihre Aufnahme Politik und Verwaltungen etwa im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau vor große Herausforderungen stellte, wird nur gelegentlich erwähnt, beispielsweise in den Arbeiten zu den Flüchtlingen und Zuwanderern aus der DDR.<sup>76</sup> Erst jüngere Arbeiten nehmen sich auch der ersten Nachkriegsjahrzehnte an.

Nachdem Kerstin Armbrorst die ausreisewilligen Deutschen und Juden in der Sowjetunion und der dortigen Ausreisebestimmungen bis zur Politik

und Verschärfung der Regelungen für Aussiedler. Siehe für die 1990er Jahre auch Leonie Herwartz-Emden/Manuela Westphal, Die fremden Deutschen: Einwanderung und Eingliederung von Aussiedlern in Niedersachsen, in: Klaus J. Bade (Hg.), Fremde im Land: Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1997, S. 167–212; Barbara Dietz, Zuwanderung und Integration – Aussiedler in Deutschland, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 27 (1998), S. 445–472.

74 Vgl. etwa Armanda Klekowski von Koppenfels, Willkommen Deutsche oder tolerierte Fremde? Aussiedlerpolitik und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1950er Jahren, in Jochen Oltmer (Hg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2003, S. 399–419; Stefan Senders, »Aussiedler«, Repatriation: Rhetoric, Reproduction, and Demography in the Context of the Welfare State, in: Zeitschrift für Ethnologie 131 (2006), Nr. 1, S. 71–91. Senders, der die Integration der Aussiedler aus ethnologischer Sicht beleuchtet, versteht diese nur als Ergebnis einer spezifischen, dem Wohlfahrtsstaat verpflichteten Bevölkerungspolitik. Dagegen aber Rainer Münz/Rainer Ohlinger, Privilegierte Migration – Deutsche aus Ostmittel- und Osteuropa, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 27 (1998), S. 401–444.

75 Barbara Dietz, Anpassung oder Ausgrenzung. Deutsche in der vormaligen Sowjetunion und rußlanddeutsche Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 75–92.

76 Etwa bei Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

der Perestroika analysiert hat,<sup>77</sup> widmet sich Jannis Panagiotidis in seiner Studie der »co-ethnic migration« in die Bundesrepublik und nach Israel. Sein Fokus liegt dabei auf dem (verwaltungs-)rechtlichen, politischen und institutionellen Rahmen der staatlichen Aufnahmepolitik. Im Falle der Aussiedler geht es Panagiotidis dabei insbesondere um die Frage, wie Bundes- und Landesregierungen und Verwaltungen während des Kalten Krieges Staatsangehörigkeit und Volkszugehörigkeit definierten und bestimmten Gruppen eine Aufnahme als »Deutsche« ermöglichten, sie anderen aber erschwerten.<sup>78</sup> Darauf aufbauend lässt sich danach fragen, unter welchen Bedingungen sich die Aufnahme der Aussiedlerinnen und Aussiedler in Friedland und in der Bundesrepublik praktisch gestaltete und wie diese öffentlich wahrgenommen und verhandelt wurde. Hierbei waren die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte für das Verfahren zur Aufnahme sowie die sich wandelnde Wahrnehmung der Aussiedler auch langfristig prägend.

### *Methodischer Zugang und Quellen*

In dieser Arbeit werden zwei Forschungsfelder miteinander verbunden und am konkreten Ort des Lagers Friedland miteinander in Beziehung gesetzt: erstens die politischen Entscheidungsprozesse zur Aufnahme und die Umstände der Betreuung spezifischer, aber keineswegs klar umrissener Gruppen, die in der Folge und im Nachgang des Zweiten Weltkrieges als »Deutsche« in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft kamen; zweitens die öffentliche und halböffentliche Thematisierung dieser Aufgaben und die damit einhergehenden Verarbeitungen und Deutungen der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Zweiten Weltkrieges.

### *Methodischer Zugang*

Um das Verhältnis zwischen den politischen Debatten, Entscheidungsprozessen und praktischen Maßnahmen zur Bewältigung spezifischer Kriegsfolgen einerseits und »den diskursiven und repräsentativen Verwendungsweisen von Vergangenheit in gegenwärtiger Absicht«<sup>79</sup> andererseits herauszuarbeiten, wird in Anlehnung an Birgit Schwelling nicht auf ein einzelnes theoretisches

77 Kerstin Armbrorst, *Ablösung von der Sowjetunion. Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987*, Münster 2001.

78 Siehe Jannis Panagiotidis, *Laws of Return? Co-Ethnic Immigration to West Germany and Israel (1948-1992)*, unveröffentlichte Dissertation, Florenz 2012 (Buchfassung in Vorbereitung). – Mein herzlicher Dank gilt Jannis Panagiotidis, der mir das unveröffentlichte Manuskript seiner Dissertation zur Verfügung gestellt hat.

79 Carola Sachse/Edgar Wolfrum, *Stürzende Denkmäler. Nationale Selbstbilder postdiktatorischer Gesellschaften in Europa – Einleitung*, in: Regina Fritz/Carola Sachse/Edgar Wolfrum (Hg.), *Stürzende Denkmäler. Nationale Selbstbilder postdiktatorischer Gesellschaften in Europa*, Göttingen 2008, S. 7-35, hier S. 14.

Konzept zurückgegriffen. Wie bei Schwellings Analyse des Verbandes der Heimkehrer lässt sich auch im Falle Friedlands je nach Gegenstand und je nach Blickwinkel an verschiedene theoretische Überlegungen anschließen, um den Bewältigungen der jüngsten Vergangenheit und den jeweiligen Erinnerungsfunktionen nachzuspüren.<sup>80</sup> Von zentraler Bedeutung für die hier aufgezeigte Fragestellung sind vornehmlich, wenn auch nicht ausschließlich die sich in Teilbereichen überschneidenden Konzepte der Erinnerungskultur, der Vergangenheitspolitik und der Geschichtspolitik.

Christoph Cornelißen definiert *Erinnerungskultur* als »formale[n] Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse«, die »ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur« sein können. Zur Erinnerungskultur können damit praktisch alle Texte, Bauten, aber auch Symbole und Rituale zählen, »sofern sie einen Beitrag zur Formierung kulturell begründeter Selbstbilder leisten«.<sup>81</sup> Etwas verengter und eher auf den instrumentellen Charakter der Erinnerungskultur abhebend spricht Hans Günter Hockerts von der »Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit«.<sup>82</sup> Für die Analyse des Lagers Friedland und seines Umfeldes sind beide Perspektiven gleichermaßen von großer Bedeutung.

Mit seiner Analyse der bundesdeutschen *Vergangenheitspolitik* hob Norbert Frei auf die Bemühungen ab, den »sozialen, beruflichen, bürgerlichen – nicht jedoch politischen – Status« früherer NSDAP-Mitglieder wiederherzustellen, den diese durch alliierte Maßnahmen, etwa durch die Entnazifizierungen, verloren hatten. Dieses mit Strafbefreiungen einhergehende Integrationsprogramm sei, so Frei, flankiert gewesen von einer »politischen und justitiellen Grenzziehung gegenüber den ideologischen Restgruppen des Nationalsozialismus«.<sup>83</sup> Im Laufe der Jahre erfuhr der Begriff dann

80 Schwelling, Heimkehr, S. 18-26.

81 Christoph Cornelißen, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10 (2003), S. 548-563, hier S. 555. Die Überschneidungen und Unterschiede zum ähnlichen Konzept der *Geschichtskultur* (Jörn Rüsen) seien hier zurückgestellt. Vgl. für das Konzept Jörn Rüsen, Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken, in: Klaus Füßmann/Heinrich Theodor Grütter/ders. (Hg.), Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 3-26; zur Frage der Abgrenzung beider Konzepte siehe Wolfgang Hasberg, Erinnerungs- oder Geschichtskultur? Überlegungen zu zwei (un-)vereinbaren Konzeptionen zum Umgang mit Gedächtnis und Geschichte, in: Olaf Hartung (Hg.), Museum und Geschichtskultur. Ästhetik – Politik – Wissenschaft, Bielefeld 2006, S. 32-59.

82 Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APuZ B 28 (2001), S. 15-30, hier S. 16.

83 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 13 f.

eine konzeptionelle Erweiterung und wird nun allgemeiner für justitielle, legislative und exekutive Entscheidungen und Maßnahmen verwendet, um bestimmten Hinterlassenschaften des »Dritten Reiches« zu begegnen.<sup>84</sup> Im Falle Friedlands können beispielsweise die Maßnahmen zur Betreuung und Unterstützung der Kriegsheimkehrer, aber auch die (verwaltungs-)politischen Rahmensetzungen, um zu entscheiden, wer als Aussiedler in der Bundesrepublik aufgenommen werden sollte, der *Vergangenheitspolitik* zugeordnet werden. So mussten Regierungen, Gesetzgeber und Verwaltungen bei der Aufnahme der Aussiedler ganz konkrete Folgen der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik bewältigen. Denn die Eintragungen in die Volkslisten und die Umsiedlungsaktionen sowie die damit einhergehenden Statuszuschreibungen wirkten noch lange nach dem Ende der Fluchtbewegungen und der Vertreibungen nach. Der während der Besatzungszeit zugewiesene und mitunter auch angestrebte Status als »Volksdeutsche« beziehungsweise deutsche Staatsangehörige diente nach Kriegsende sowohl in Polen und anderen osteuropäischen Staaten als auch in der Bundesrepublik dazu, über Fragen der ethnischen Identität zu befinden.

Das Konzept der *Geschichtspolitik* (Edgar Wolfrum) betont den politischen Kampf um das »richtige Gedächtnis«<sup>85</sup> und fokussiert auf die »öffentliche Konstruktion von Geschichts- und Identitätsbildern, die sich über Rituale und Diskurse vollziehen«.<sup>86</sup> In Friedland war das Feld der *Geschichtspolitik* etwa dann berührt, wenn die Friedländer Akteure im Zusammenhang mit der Aufnahme der Aussiedler wieder und wieder betonten, dass es sich bei ihnen um Deutsche handele. Diese hätten, so die Darstellung, aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit in ihrer bisherigen Heimat stellvertretend für die Gesellschaft gelitten. Während die deutsche Besatzungs- und Germanisierungspolitik als Bezugsrahmen ausgeblendet blieb, verwiesen Bundes- und Landesregierungen, aber auch die Friedländer Verbände auf die kommunistische Herrschaftspraxis, die diesen »Deutschen« das Leben in ihrer Heimat verunmöglicht hätte. Mit dieser Argumentation ließen sich humanitäre Gründe anführen, um die Aussiedler in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren.<sup>87</sup>

Als *Politik mit der Vergangenheit* bezeichnet Peter Reichel die auf die NS-Zeit bezogene Memorialkultur im geteilten Deutschland, worunter für ihn auch die ganze Bandbreite der »öffentliche[n] Auseinandersetzung mit

84 Vgl. etwa auch folgende Arbeiten: Marc von Miquel, Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren, Göttingen 2004; Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland.

85 Sachse/Wolfrum, Stürzende Denkmäler, S. 15.

86 Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 32.

87 Zu den Argumentationsmustern der frühen Bundesrepublik siehe eingehend Panagiotidis, *Laws of Return?*, S. 24-41.

Gedächtnisorten und Denkmälern« fällt.<sup>88</sup> Auch in Friedland waren die Bemühungen groß, das Lager und sein Umfeld mit Denkmälern auszustatten. Zu diesen gehören im engeren Sinne die Heimkehrerstatue »Griff in die Freiheit« und die Friedland-Gedächtnisstätte, darüber hinaus aber auch die Innenausstattung der evangelischen Lagerkapelle und der katholischen Kirche. Wie an anderen Orten überschrieben auch diese Denkmäler die zunächst mit den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung verbundene Ikonographie zugunsten deutscher Opfer des Krieges.<sup>89</sup> Gerade die Caritas und die Innere Mission im Lager sowie der Verband der Heimkehrer bemühten sich zudem, auch Friedland selbst als Denkmal der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu verankern. Die Friedland-Gedächtnisstätte etwa erinnert in ihrer ersten Tafel explizit an alle Toten des Krieges, um dann in allen weiteren Inschriften lediglich die »deutschen Opfer« aufzuführen.<sup>90</sup> Die politischen Bezüge der übrigen Denkmäler waren zwar mitunter offen und die Verweise auf historische Ereignisse oft vage. Aus lokaler Perspektive ließ man aber keinen Zweifel daran, dass in Friedland hilfsbedürftige und unschuldige Deutsche betreut wurden, die aufgrund äußerer, in der Regel der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa angelasteter Umstände in Not geraten waren.

Diese Forschungsansätze sind gleichwohl nicht streng voneinander zu trennen, vielmehr finden sich häufig thematische wie perspektive Überschneidungen und Verschränkungen. Aleida Assmann beispielsweise widmet sich der Rezeption des Holocaust und des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und verbindet dabei individuelle wie kollektive (gerade auch traumatische) Formen der Erinnerung, Fragen der Geschichtspolitik sowie die Entwicklung von Gedächtnisorten.<sup>91</sup> Birgit Schwelling verweist zudem mit Harald Welzer darauf, dass sich nicht alle Vergangenheitsbezüge mit diesen oder verwandten Zugriffen erfassen lassen. Dies gelte vor allem für »absichtslose Praktiken des Verfertigens und Vergewärtigens von Vergangenheit«.<sup>92</sup> Diesen Überlegungen folgend soll auch in dieser Arbeit den verschiedenen Akteuren nicht stets eine bewusste Verarbeitung und Instrumentalisierung der Vergangenheit zu (gesellschafts-)politischen Zwecken unterstellt werden. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass gerade die lokalen Verbände überzeugt waren, nur mittels einer positiven Darstellung

88 Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit und die nationalsozialistische Vergangenheit*, München/Wien 1995, hier S. 33.

89 Vgl. zum Wandel der Ikonographie Habbo Knoch, *Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg 2001.

90 Vgl. Schwelling, *Gedenken im Nachkrieg*.

91 A. Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit*.

92 Schwelling, *Heimkehr*, S. 20; vgl. dazu Harald Welzer, *Das soziale Gedächtnis*, in: ders. (Hg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001, S. 9-21, hier vor allem S. 15-18.

Friedlands die nach ihrem Ermessen benötigten Spenden für die Betreuungsarbeit erhalten und zugleich für die gesellschaftliche Unterstützung der Aufgenommenen sorgen zu können. Verwaltungen und Regierungen hatten ebenfalls ein großes Interesse daran, dass das Lager in einem positiven Licht erschien, weil etwaige Kritik an einzelnen Aspekten auf die von ihnen geleistete Arbeit zurückfallen konnte.

In der vorliegenden Arbeit wird somit verschiedenen symbolischen sowie erinnerungspolitischen Handlungen und Deutungen in Friedland und am Beispiel des Lagers nachgespürt. Zugleich werden entsprechende Bezüge berücksichtigt, die nicht unmittelbar auf die Vergangenheit, sondern vor allem auf aktuelle Fragen rekurrierten. Dabei sind die dominierenden Vergangenheitsdiskurse ebenso zu thematisieren wie die divergierenden, nicht selten auch konkurrierenden Vorstellungen und Überzeugungen der zahlreichen mit dem Lager Friedland in Berührung kommenden Akteure.<sup>93</sup> So lässt sich einerseits Friedland als bundesdeutscher Erinnerungsort auffassen, der gerade durch die ikonischen Bilder von der »Heimkehr der Zehntausend« bis heute im öffentlichen Bewusstsein verankert ist.<sup>94</sup> Bei einem Erinnerungsort (Pierre Nora) handelt es sich um »einen materiellen wie auch immateriellen, langlebigen, Generationen überdauernden Kristallisationspunkt kollektiver Erinnerung und Identität«. <sup>95</sup> Für Assmann erinnern solche »Fixpunkte« des kulturellen Gedächtnisses an »schicksalhafte Ereignisse der Vergangenheit, deren Erinnerung durch kollektive Formung [...] und institutionalisierte Kommunikation [...] wachgehalten wird«. <sup>96</sup> Für Friedland trifft dies zweifellos zu. Bis heute wird das Lager von verschiedenen Akteuren immer wieder als »Tor zur Freiheit« präsentiert. Auch das niedersächsische Innenministerium, dem das Lager dienstrechtlich untersteht, nimmt diese Bezeichnung auf seiner Internetpräsenz wie selbstverständlich auf; das Museumsprojekt im Lager Friedland steht ebenfalls unter diesem Leitspruch.<sup>97</sup> Gerade der Verweis auf vergangene Ereignisse diene ferner immer wieder als zentrales Argument, um den Fortbestand der Einrichtung zu fordern beziehungsweise zu bestätigen.

93 Vgl. noch einmal für die entsprechenden theoretischen Überlegungen bei Schwelling, *Heimkehr*, S. 20-25.

94 In die von Étienne François und Hagen Schulze herausgegebenen Sammelbände *Deutsche Erinnerungsorte* ist Friedland dagegen nicht aufgenommen worden, vgl. Étienne François/Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bände, München 2001.

95 Étienne François/Hagen Schulze, *Einleitung*, in: dies., *Deutsche Erinnerungsorte*. Bd. 1, S. 9-26, hier S. 18. Siehe auch Pierre Nora (Hg.), *Erinnerungsorte Frankreichs*. München 2005.

96 J. Assmann, *Kollektives Gedächtnis*, S. 12.

97 Vgl. <http://www.grenzdurchgangslager-friedland.niedersachsen.de> und <http://www.museum-friedland.de> (1. Dezember 2014).

Andererseits bedürfen die heterogenen, sich historisch stets wandelnden Ausgestaltungen und Deutungen eines solchen Erinnerungsortes einer angemessenen Berücksichtigung. Dietmar von Reeken und Malte Thießen betonen den kategorialen Unterschied zwischen nationalen, regionalen und lokalen Erinnerungen und Geschichtskulturen. Gerade die lokalen Geschichtskulturen seien geprägt durch unmittelbarere persönliche Beziehungen sowie die Materialität der Vergangenheit. Auf lokaler und regionaler Ebene seien daher »Gedächtnisräume eigener Art« auszumachen.<sup>98</sup> Nach Janina Fuge, Rainer Hering und Harald Schmid handelt es sich bei einem (geographisch eng begrenzten) Gedächtnisraum in erster Linie um eine »Kontaktzone«, die einer geringeren Zahl von Akteuren Gelegenheit biete, Erinnerung(en) zu formieren, zu pflegen und weiterzugeben. Verschiedene Identitäten können einander dabei überlagern.<sup>99</sup> An diese Überlegungen lässt sich auch für Friedland anschließen. Denn gerade auf lokaler und regionaler Ebene sind für Friedland ganz eigene symbolische Zuschreibungen festzustellen, die sich von den Deutungen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft unterscheiden.

Komplementär dazu ist auch für die Bedingungen der Aufnahme zwischen bundesdeutschen und niedersächsischen Regelungen und lokalen Praktiken zu unterscheiden. Insbesondere die Lagerverwaltung und die Friedländer Wohlfahrtsverbände nahmen angesichts ihrer alltäglichen Arbeit, in denen sie unzähligen Fällen begegneten, für die keine eindeutigen Regelungen anzuwenden waren, sowie durch ihre Vernetzung mit allen beteiligten Akteuren eine Sonderstellung ein. Dieses Expertenwissen war in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten immer wieder gefragt, wenn neue Regelungen diskutiert wurden oder die Aufnahme weiterer Personenkreise vorbereitet werden musste.

Die Historische Migrationsforschung dient dieser Arbeit dagegen nicht als zentraler analytischer Zugang.<sup>100</sup> Dies mag in gewisser Weise überraschen,

98 Dietmar von Reeken/Malte Thießen, Regionale oder lokale Geschichtskulturen? Reichweite und Grenzen von Erinnerungsräumen, in: Janina Fuge/Rainer Hering/Harald Schmid (Hg.), Gedächtnisräume. Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen in Norddeutschland, Göttingen 2014, S. 71-93, hier vor allem S. 89-91 (Zitat S. 90), für die lokalen Geschichtskulturen insbesondere S. 73-81.

99 Janina Fuge/Rainer Hering/Harald Schmid, Norddeutsche Erinnerungsräume. Einleitende Gedanken, in: dies. (Hg.), Das Gedächtnis von Stadt und Region. Geschichtsbilder in Norddeutschland, München 2010, S. 7-20, hier S. 9-11.

100 Die Historische Migrationsforschung beschäftigt sich mit räumlich wie zeitlich stark divergierenden Themenfeldern und nimmt gerade auch globalgeschichtliche Fragen in den Blick; einführend siehe Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, München 2000; Jan Lucasen/Leo Lucassen (Hg.), Migration, Migration History, History. Old Paradigms and New Perspectives, Bern 32005; Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis

war doch das Lager eine Schleuse für über vier Millionen Menschen. Tatsächlich bietet das Forschungsfeld »einen Rahmen für die Untersuchung von räumlichen Bevölkerungsbewegungen unterschiedlichster Größenordnung« und fokussiert dabei auf die als prozesshaft verstandenen »Migrationsregime«, worunter die institutionellen Rahmenbedingungen der Ausreise aus dem einen und der Einreise in ein anderes Gebiet fallen.<sup>101</sup>

Fokussiert man auf die besondere, sich von vergleichbaren Einrichtungen abhebende Entwicklung Friedlands, kann dieser theoretische Zugriff für die hier entfaltete Fragestellung indes einen nur partiellen Erkenntnisgewinn bieten. Obschon sich die Historische Migrationsforschung auch der sogenannten Zwangsmigration widmet, sollte gerade hinsichtlich der Flüchtlinge und Vertriebenen stärker der kategoriale Unterschied zwischen mehr oder weniger freiwilligen, sich nach gewissen Regeln etwa der Ausreise- und Aufnahmestaaten vollziehenden Wanderungsbewegungen einerseits und den unter Zwang und Gewalt erfolgenden Bevölkerungsverschiebungen andererseits hervorgehoben werden. So sind im Falle der Vertreibungen und Fluchtbewegungen von Deutschen seit der Endphase des Krieges viel eher die Auswirkungen der vorangegangenen nationalsozialistischen Germanisierungs- und Rassenpolitik sowie der Besatzungsherrschaft zu betonen. Denn diese prägten maßgeblich die Umstände, unter denen Personen, die als »Deutsche« aufgefasst und vertrieben wurden oder vor einer möglichen Vertreibung selbst flohen, sich bemühten, ihre »ethnische Identität« den neuen Gegebenheiten anzupassen. Bei den entlassenen Kriegsgefangenen, Nachkriegshäftlingen und Zivilinternierten wiederum lässt sich kaum von einer Migration, definiert als eine »auf einen langfristigen Aufenthalt angelegte[n] räumliche[n] Verlagerung des Lebensmittelpunktes« von Einzelpersonen oder Gruppen,<sup>102</sup> sprechen. Ihre Internierung, ihr Weg nach der Entlassung sowie schließlich ihre Betreuung in Friedland müssen vielmehr in den Kontext der deutschen Kriegsführung sowie der Besatzungsherrschaft gestellt werden.

Hinsichtlich der Aufnahme von Aussiedlern und »Volksdeutschen« aus dem östlichen Europa ist die Berücksichtigung der »Migrationsregime« dagegen durchaus hilfreich. Denn tatsächlich waren die Möglichkeiten zur Aussiedlung gegenüber den Logiken der Gewalt und Willkür der vorherigen Vertreibungsaktionen seit Ende der 1940er Jahre von sich immer wieder

zur Gegenwart, Paderborn <sup>3</sup>2010; Jochen Oltmer, *Globale Migration. Geschichte und Gegenwart*, München 2012.

101 Jochen Oltmer, Einführung: Europäische Migrationsverhältnisse und Migrationsregime in der Neuzeit, in: *Geschichte und Gesellschaft* 35 (2009), Nr. 1, S. 5-27, hier S. 5. Zu den Migrationsregimen siehe dort insbesondere S. 12-19. Vgl. auch Sylvia Hahn, *Historische Migrationsforschung*, Frankfurt am Main/New York 2012.

102 Oltmer, *Europäische Migrationsverhältnisse und Migrationsregime in der Neuzeit*, S. 8.

wandelnden politischen Entscheidungen und Regelungen – nach dem Verständnis des Forschungsfeldes also von sich ändernden »Migrationsregimen« – abhängig. In der frühen Bundesrepublik stieg die Zahl der Anträge auf Aussiedlung stetig an, während der Umfang der Zuzüge infolge der unbeständigen Rahmenbedingungen starken Schwankungen unterlag. Auch die Erwartungen, Möglichkeiten und Erfahrungen einzelner Aussiedler sind mit denen anderer Migrantengruppen teilweise zu vergleichen. Die Auswirkungen dieser Prozesse für die Ausreisewilligen selbst, für die Umstände ihrer Aufnahme sowie ihre »Integration« in der Bundesrepublik werden folglich in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt. Konzentriert man sich jedoch zu sehr auf die prozesshaften Bedingungen dieser »Migrationsregime«, besteht die Gefahr, verschiedene Wanderungsbewegungen zu parallelisieren und darüber deren historische Hintergründe zu vernachlässigen. So lassen sich im Falle der Arbeitsmigration, mit der seit Mitte der 1950er Jahre mehrere Millionen sogenannte »Gastarbeiter« aus der Türkei, Italien und anderen Ländern in die Bundesrepublik kamen,<sup>103</sup> soziale und wirtschaftliche Überlegungen als handlungsleitend annehmen. Die Aufnahme der Aussiedler ist dagegen, auch wenn solche Motive gewiss ebenfalls eine Rolle gespielt haben dürften, vielmehr im Kontext der ethnischen Ordnungsbestrebungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und vor allem der Besatzungsherrschaft des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges zu begreifen. Hinsichtlich ihrer Aufnahme und »Integration« waren die Aussiedler gegenüber anderen Migranten denn auch begünstigt, wurden sie doch ungeachtet gesellschaftlicher Vorbehalte zumindest von staatlicher Seite (nach einer gewissen, durchaus ambivalenten Prüfung) als »Deutsche« betrachtet und mit entsprechenden Rechten ausgestattet. In diesem Sinne ist es kein Zufall, dass die »co-ethnic migration« (Panagiotidis) aus dem östlichen Europa über das »Tor zur Freiheit« abgewickelt wurde, während die ganz anderen Logiken folgende, lange Zeit nur als temporäre Lösung verstandene Aufnahme von Gastarbeitern Friedland nicht berührte.

### *Quellen*

Die Arbeit stützt sich im Wesentlichen auf vier Quellengruppen. Der erste und wichtigste Bestand umfasst die umfangreiche Überlieferung staatlicher Verwaltungen, vor allem der Friedländer Lagerleitung, des Regierungspräsidiums Hildesheim sowie der zuständigen Ministerien des Bundes und des Landes Niedersachsen.<sup>104</sup> Hierzu zählen interne und veröffentlichte Berichte,

103 Siehe dazu einfürend Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hg.), Das »Gastarbeiter«-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München 2012.

104 Von zentraler Bedeutung sind im Niedersächsischen Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover [NLA-HStAH] die Bestände Nds. 120 Hildesheim (Regierungs-

Aktenvermerke, Anordnungen, Sitzungsprotokolle, Statistiken und die vielfältigen Korrespondenzen zwischen Verwaltungen, Verbänden, Medien und Privatpersonen. In Friedland selbst begann die Lagerleitung bereits um 1950 damit, eine eigene Chronik aufzubauen, um die eigene Geschichte zu dokumentieren.<sup>105</sup> Diese inzwischen auf zwei umfangreiche Bände angewachsene Lagerchronik enthält unter anderem Zeitungsausschnitte, Fotos, Zeittafeln, Statistiken und Kommentare zur Geschichte des Lagers. In der Zusammenschau dieser Bestände lässt sich das Gegen- und Miteinander der verschiedenen Ebenen in Fragen der Aufnahme und Öffentlichkeitsarbeit gut nachzeichnen. Dagegen sind die Abläufe innerhalb des Lagers über interne Anordnungen und Organisationspläne hinaus nur stellenweise zu greifen, was auch darauf zurückzuführen ist, dass sich die Alltagspraxis vor Ort oftmals nicht in den Quellen niederschlug. Eine weitere Leerstelle sind die nicht erhaltenen Akten der bis 1952 bestehenden britischen Lagerverwaltung. Überhaupt ist der Bestand zur britischen Militärregierung gerade für Niedersachsen sowie für die Frage der Steuerung der Flüchtlingsbewegungen überaus lückenhaft.<sup>106</sup>

Den zweiten Quellenkorpus bilden die Überlieferungen der im Lager Friedland tätigen Wohlfahrtsverbände und Kirchen. Neben verschiedenen Berichten sowie verbandsinternen wie -externen Korrespondenzen sind die Veröffentlichungen, Spendenaufrufe und Rundbriefe der verschiedenen Akteure von großer Bedeutung. Dass in der Arbeit das Wirken der katholischen und evangelischen Lagerpfarrer und die Arbeit der kirchlichen Verbände gegenüber den übrigen Wohlfahrtsorganisationen einen deutlich breiteren Raum einnehmen, liegt zunächst an ihrer herausgehobenen Rolle in Friedland und ihrem größeren Einfluss auf die zeitgenössischen Debatten. Diese Schwerpunktsetzung ist aber auch der uneinheitlichen Quellenlage geschuldet. So ließen sich zur Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt, die dort zwischen 1950 und 2004 eine Betreuungsstelle im Lager unterhielt, nahezu keine

präsidium Hildesheim), Nds. 380 (Nds. Vertriebenenministerium) und Nds. 386 (Lager Friedland), im Bundesarchiv Koblenz [BArch] der – allerdings sehr schlecht erschlossene – Bestand B 106/B 150 (Bundesinnenministerium und Bundesvertriebenenministerium) sowie insbesondere für die »Heimkehr der Zehntausend« der entsprechende Bestand im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes [PAAA], hier insbesondere der Bestand B 10 (Abteilung 2 = Politische Abteilung).

105 Lagerchronik Friedland, 2 Bände. Diese Chronik ist im Besitz der Lagerverwaltung Friedland und wird nach wie vor ergänzt. – Einige Materialien zur Lagerchronik finden sich in: NLA-HStAH Nds. 386 Acc. 16/83 Nr. 94.

106 Der relevante britische Bestand [The National Archives London – TNA] wurde gesichtet. Die Funde beschränken sich aber auf überschaubare, sehr lückenhafte Akten aus dem Foreign Office (FO) und War Office (WO). Die Bemühungen der britischen Militärregierung zur Steuerung der Flüchtlingsbewegungen finden in den überlieferten Akten ebenfalls kaum einen Niederschlag.

Akten ermitteln.<sup>107</sup> Auch der Quellenbestand zur DRK-Betreuungsstelle in Friedland ist wenig ergiebig.<sup>108</sup> Dagegen decken das Ev.-luth. Kirchenkreisarchiv Göttingen und das Landeskirchliche Archiv Hannover gute Teile der Korrespondenz des Lagerpfarramtes in Friedland ab.<sup>109</sup> Beim Evangelischen Hilfswerks trug ein früherer Mitarbeiter umfangreiches Material zusammen, das für die Arbeit genutzt werden konnte.<sup>110</sup> Bei der Caritas in Friedland ist sogar ein eigenes, dem Bistumsarchiv Hildesheim zugeordnetes Archiv mit einem umfassenden Bestand vorhanden.<sup>111</sup>

Bei der dritten wichtigen Quellengruppe handelt es sich um Medienberichte über das Lager und die dort aufgenommenen Gruppen. Zurückgegriffen werden konnte dabei insbesondere auf verschiedene Presseauschnittssammlungen,<sup>112</sup> für bestimmte Ereignisse, etwa die »Heimkehr der Zehntausend«, wurden Zeitungen auch systematisch durchgesehen. Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die ZEIT*, das *Hamburger Abendblatt* und den *Spiegel* wurden die jeweiligen digitalen Archive herangezogen. Zudem haben sich im NDR-Hörfunkarchiv zahlreiche, mitunter sehr umfangreiche Reportagen aus Friedland sowie mehrere ungeschnittene Rohfassungen erhalten.<sup>113</sup> Insgesamt konnte damit ein breites Spektrum an Medienstimmen

107 Der AWO-Bezirksverband Hannover besitzt kein Archiv und keine Unterlagen aus der Zeit vor 1980 (telefonische Auskunft des Bezirksverbands am 3. Februar 2010). Die erhaltenen AWO-Akten im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung Köln [FES] geben nur sehr begrenzt Einblick in die Betreuungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Lager (FES, AWO-Bundesbestand, Signaturen 424, 612, 9135). In den übrigen Beständen haben sich Briefe und Berichte der AWO nur sehr gelegentlich erhalten, was indirekt auf eine eher zurückhaltende oder zumindest nicht sehr öffentlichkeitswirksame Rolle des Verbandes im Friedländer Gefüge schließen lässt. Einige wenige Informationen zur Arbeit der AWO in Friedland finden sich bei Bernd Rabe, *Solidarität im Alltagsleben. Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Hannover e. V., Hannover 1990.*

108 Wie bei der AWO sind auch beim DRK und beim DRK-Suchdienst in Friedland selbst keine wesentlichen Unterlagen vorhanden. Die Akten der Ende 2013 aufgegebenen DRK-Betreuungsstelle, die vom Museum Friedland übernommen wurden, gehen nur gelegentlich bis in die 1970er Jahre zurück, sind aber selbst dann nur selten aufschlussreich. – Die Arbeit des DRK-Suchdienstes lässt sich über das Archiv des Suchdienstes München erschließen; die Akten wurden aber, da für die vorliegende Fragestellung nicht zentral beziehungsweise über andere Bestände greifbar, nicht systematisch ausgewertet.

109 Evangelisch-lutherisches Kirchenkreisarchiv Göttingen [KiKrA Gö], Bestand Gösüd, Spezialia Friedland.

110 Museum Friedland [MF], Sonderbestand Tomm. Der entstandene Band: Wilhelm Tomm, *Bewegte Jahre – Erzählte Geschichte. Evangelische Diakonie im Grenzdurchgangslager Friedland 1945 bis 1985, Friedland 2005.*

111 Caritasarchiv Hildesheim; Caritasarchiv Friedland.

112 Evangelisches Lagerpfarramt Friedland, Presseauschnittssammlung.

113 NDR-Hörfunkarchiv Hannover. Ergänzt wurden die dortigen Reportagen durch weitere Überlieferungen im WDR-Hörfunkarchiv Köln.

über das Lager Friedland und die dort aufgenommenen Gruppen ausgewertet werden.

Ein letzter, allerdings sehr kleiner Bestand betrifft Selbstzeugnisse von Personen, die im Lager betreut wurden oder dort tätig waren. Während die vorwiegend in den letzten Jahren entstandenen Erinnerungsberichte, die die spezifischen, mit dieser Quellengattung verbundenen Probleme bergen, nur an wenigen Stellen wichtige Informationen liefern konnten,<sup>114</sup> kommt den zeitgenössischen Ego-Dokumenten größere Bedeutung zu.<sup>115</sup> Auf die Einbeziehung von Zeitzeugeninterviews wurde nicht deshalb verzichtet, weil an ihnen Mangel herrschen würde. Im Rahmen der Vorbereitungen des Friedländer Museums sind sogar zwei verschiedene Interviewprojekte entstanden.<sup>116</sup> In der vorliegenden Arbeit stehen jedoch nicht so sehr die Erinnerungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Anwohnerinnen und Anwohnern, externen Helferinnen und Helfern und Betreuten an das Lager Friedland im Vordergrund als vielmehr die Entstehung und Entwicklung des Erinnerungsortes selbst. Diese lässt sich aus den zeitgenössischen Quellenbeständen ungleich besser nachvollziehen. Gleiches gilt für die Praktiken der Aufnahme in Friedland und der Bundesrepublik.

Trotz dieser breiten Quellenlage kann die Perspektive der im Lager Betreuten nur stellenweise in den Vordergrund gerückt werden. Zwar lässt das Quellenmaterial mitunter Rückschlüsse auf die Interessen, Wünsche und Initiativen der Aufgenommenen zu. Der Eigensinn der Flüchtlinge, Vertriebenen, Aussiedler und Kriegsheimkehrer ist aber in den vorliegenden Quellen nur selten fassbar. Für lebensgeschichtliche Annäherungen ist indes ein Sonderbestand aus der Überlieferung des Lagers Friedland hilfreich. Er umfasst Akten jener Personen, die in den 1950er und 1960er Jahren das Lager Friedland durchlaufen haben und dort als »Heimkehrer« nach dem Heimkehrergesetz anerkannt wurden.<sup>117</sup> Zwar handelt es sich bei der über diesen Bestand zu erschließenden Gruppe nur um einen Teil der Aussiedler aus dem östlichen Europa (sowie um einige Kriegsheimkehrer und Zivilinternierte).

114 Karoline Grothe/Marek Kruszewski, Ein Stück Leben. Zeitzeugen erinnern sich an ihre Einsätze im Grenzdurchgangslager Friedland, herausgegeben vom DRK-Landesverband Niedersachsen e. V., Hildesheim/Zürich/New York 2007.

115 Einige Briefe und Postkarten sind beispielsweise erhalten in: MF.

116 Im Rahmen des Friedland-Projekts am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen führte Julia Kleinschmidt qualitative Zeitzeugeninterviews durch. Das Ausstellungsbüro »Die Exponauten« hat in Vorbereitung des Museums Friedland gemeinsam mit dem »Gedächtnis der Nation« ein weiteres Zeitzeugenprojekt initiiert.

117 Jürgen Asch/Gabriele Bensch/Annette Bochynek-Friske/Gerd van den Heuvel (Bearb.), Findbuch zum Auswahlbestand Nds. 386: Grenzdurchgangslager Friedland, acc. 67/85 1951-1973, Hannover 1992. Zum Heimkehrergesetz siehe *Kapitel V*.

Die Stichprobe ist daher nicht unbedingt repräsentativ.<sup>118</sup> Dennoch eignen sich die Akten (gerade im Verbund mit den übrigen behördlichen Überlieferungen) einerseits dazu, die Verwaltungsvorgänge zur Anerkennung als »deutsche Volkszugehörige« zu erhellen und die Lebenswege einzelner Betreuer nachzeichnen. Andererseits lässt sich aus den Akten in manchen Fällen der Wandel von Selbst- und Fremdzuschreibungen ableiten sowie auf den Eigensinn der Betreuten schließen, die sich nicht unbedingt so passiv verhielten, wie Ministerien, Politiker und Verbände dies oft unterstellten.

### *Inhaltlicher und zeitlicher Zuschnitt*

Die Arbeit konzentriert sich auf die Zeit zwischen 1945 und den frühen 1970er Jahren. Neben quellenpragmatischen Gründen spricht zweierlei für eine solche Beschränkung. Einerseits war Friedland spätestens in den 1960er Jahren zu einer routiniert arbeitenden Verwaltungseinrichtung geworden. Die wechselnden Ausreise- und Aufnahmebedingungen der Aussiedlerinnen und Aussiedler hatten für das Lager höchstens noch Auswirkungen in der Belegzahl. Aus Friedland selbst gingen, nachdem die prägenden Persönlichkeiten der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte nicht länger vor Ort tätig waren, keine nachhaltigen und publikumswirksamen Bemühungen mehr aus, die gesellschaftliche Aufnahme und »Integration« der Ankommenden offensiv mitzugestalten. Andererseits hatte sich der symbolische Gehalt des Lagers Friedland bis Anfang der 1970er Jahre verfestigt. Die mit der Metapher »Tor zur Freiheit« einhergehenden politischen Bezüge waren, wiewohl sie auf lokaler Ebene gerade in ihrer Symbolik überdauerten, seither vom Topos der aufopferungsvollen Hilfsbereitschaft überformt. Daran sollte sich auch mit der Betreuung neuer Gruppen wie etwa der vietnamesischen *boat people* nichts mehr grundlegend ändern.

Der Aufbau der Arbeit ist chronologisch angelegt und orientiert sich grundsätzlich an den drei großen im Lager betreuten Gruppen. *Kapitel II* skizziert die Idee der Bevölkerungsverschiebungen im frühen 20. Jahrhundert sowie die nationalsozialistische Germanisierungspolitik, die in Friedland lange nachwirkte. *Kapitel III* stellt sodann die Entstehung und Entwicklung Friedlands in den Kontext der Bemühungen zunächst der britischen Militärverwaltung, dann auch der niedersächsischen und westdeutschen Behörden, die Flüchtlingsströme zu lenken. War Friedland anfangs Teil einer weitverzweigten Lagerlandschaft, hob es sich schon bald von vergleichbaren Einrichtungen ab.

<sup>118</sup> Der Aktenbestand in der Außenstelle Friedland des Bundesverwaltungsamtes konnte aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht gesichtet werden. Die dort vorliegenden Fallakten aller Aussiedlerinnen und Aussiedler, die seit den 1950er Jahren im Lager registriert wurden, wären aufgrund ihrer enormen Zahl für diese Arbeit aber ohnehin nicht systematisch auszuwerten gewesen.

Das folgende *Kapitel IV* fragt nach den Gründen für die Ungewissheiten, Hoffnungen und Emotionalisierungen, die mit dem Topos der (deutschen) Kriegsgefangenschaft vor allem in der Sowjetunion einhergingen. Gerade am Beispiel der Kriegsheimkehrer sowie der Ostvermissten wird die symbolische und politische Überhöhung Friedlands verständlich, die Mitte der 1950er Jahre ihren Höhepunkt fand. Die »Heimkehr der Zehntausend« dient dabei als markantes Fallbeispiel, um die vielfältigen erinnerungs- und vergangenheitspolitischen Vorstellungen, die sich in Friedland verdichteten und die frühe Bundesrepublik ungemein prägten, gegeneinanderzustellen und zugleich die inneren Widersprüche der bundesdeutschen Aufnahmepolitik aufzuzeigen.

Im abschließenden *Kapitel V* stehen zunächst die Bedingungen und Praktiken der Aufnahme der Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie die damit einhergehenden Verwaltungsprozeduren im Mittelpunkt. Vor dem Hintergrund der schwindenden Aufmerksamkeit für diese Gruppe werden abschließend die Bemühungen der Friedländer Akteure aufgezeigt, für ihr Klientel sowie für ihre Betreuungsarbeit zu werben und Spenden einzusammeln. Hierbei wird auch analysiert, welche Auswirkungen der in den späten 1950er Jahren einsetzende erinnerungskulturelle Wandel auf den Erinnerungsort Friedland hatte und wie sehr sich der Symbolgehalt des Lagers seither wandelte.

Weil die Arbeit damit bereits sehr breit angelegt ist, müssen zahlreiche Aspekte der Friedländer Lagergeschichte weitgehend unberücksichtigt bleiben. Auf formale Abläufe im Lagerbetrieb einschließlich baulicher und organisatorischer Fragen kann nur bedingt eingegangen werden.<sup>119</sup> Gleiches gilt auch für die praktische Wohlfahrtsarbeit der Verbände in Friedland. Ausgeklammert bleiben ferner die zeitweise bestehenden Lager für jugendliche »Grenzgänger« in den frühen Nachkriegsjahren sowie für alleinstehende männliche Jugendliche aus der DDR zwischen 1960 und 1963 und die Aufnahme ungarischer Flüchtlinge Ende 1956.<sup>120</sup> Dass Friedland vorübergehend als Außenstelle des Lagers Uelzen-Bohdamm fungierte und hier auch das Notaufnahmeverfahren für DDR-Flüchtlinge durchgeführt wurde, kann ebenfalls nicht eingehend diskutiert werden.<sup>121</sup>

119 Für die ersten zehn Jahre des Lagers sind diese Fragen nachgezeichnet bei Kleineke, Entstehung und Entwicklung.

120 Das Jugendauffanglager der frühen 1960er Jahre ist auch deswegen kaum zu berücksichtigen, weil die zentralen Aktenbestände im Hauptstaatsarchiv Hannover noch gesperrt sind.

121 Das Notaufnahmeverfahren ist dafür eingehend erörtert bei Hoffrichter, Das Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohdamm.

## II. Wege nach Friedland

### Ethnizität, Identität und Rassenpolitik im östlichen Europa

#### *Einleitung: Ein Weg nach Friedland*

Martin St., Jahrgang 1906, wuchs im Kreis Tauroggen auf, der nahe der früheren deutsch-russischen Grenze lag und seit 1918 zum unabhängig gewordenen Litauen gehörte. St.s Eltern und Großeltern sprachen nach seinen Angaben ein gutes Deutsch. Da er schon früh in der Landwirtschaft mithalf und nicht lange zur Schule ging, hatte er »[i]n der litauischen Umgebung [...] die deutsche Sprache so gut wie ganz verlernt«. So war es wenig überraschend, dass St. in seiner späteren Ehe mit Auguste G. vor allem Litauisch sprach. 1941 beschloss St., wie er zwei Jahrzehnte später in der Bundesrepublik erklärte, sich und seine Familie »mit Rücksicht auf unsere deutsche Abstammung« in den deutschen Herrschaftsbereich umsiedeln zu lassen. Gerade die Kinder sollten »wieder im deutschen Volkstum aufgehen«. Welche Motive sich hinter dieser Formel verbargen, bleibt indes unklar. Womöglich war es eine Abneigung gegen die Sowjetunion, die dieses Gebiet inzwischen annektiert hatte, vielleicht wurde die Familie aber auch zur Ausreise gedrängt oder erlachte in einer Umsiedlung eine bessere persönliche Perspektive. In jedem Fall erhöhte die Wortwahl die Wahrscheinlichkeit, in der Bundesrepublik als »deutscher Volkszugehöriger« anerkannt zu werden. Denn auf genau diese Anerkennung zielte seine eidesstattliche Erklärung, in der er seinen Werdegang darlegte. St. wählte seine Worte daher, vielleicht von seinem Notar assistiert, vermutlich nicht ohne strategische Überlegung.<sup>1</sup>

Nach ihrer Umsiedlung aus Litauen lebte die Familie während des Krieges zunächst in einem Übergangslager in Mecklenburg, dann in einem weiteren im Kreis Rostock. Schließlich wurden die St.s in eine Notunterkunft in Küstrin an der Oder eingewiesen. Im Spätsommer 1944 wurde die Familie eingebürgert, die St.s erhielten die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach der Räumung der Stadt wurde St. zum Volkssturm eingezogen und geriet später in sowjetische Gefangenschaft. Vermutlich aufgrund seines Geburtsortes wurde St. von den sowjetischen Behörden nun aber als sowjetischer

1 Diese und die folgenden Angaben nach: Eidesstattliche Versicherung von Martin St. vom 2. April 1963, in: NLA-HStAH Nds. 386 Acc. 67/85 Nr. 1622. Vgl. für weitere biographische Details auch die übrigen Schriftwechsel in jener Akte. – Die biographischen Angaben sind zwar nicht zu überprüfen, entscheidend ist aber vor allem der dargelegte Weg, mit dem eine Anerkennung als »deutscher Volkszugehöriger« in der Bundesrepublik möglich war.

Staatsbürger betrachtet und nach Litauen deportiert. St. und seine Familie, die es nach Kriegsende ebenfalls wieder nach Litauen verschlagen hatte, wurden dort allerdings als Deutsche betrachtet. Sie durften den Kreis nicht verlassen und wurden auf einer Kolchosa zwangsangesiedelt.

Seit 1958 hatte die Familie die Möglichkeit, sich um eine Ausreise in die Bundesrepublik zu bemühen. Denn die Sowjetunion und die Bundesrepublik hatten in jenen Jahren eine Vereinbarung getroffen, nach der deutschen Staatsangehörigen eine Übersiedlung gestattet war. Wiewohl umstritten war, welche Personen als solche aufzufassen waren,<sup>2</sup> konnte Martin St. schon bald mit seiner Familie aus Litauen ausreisen. Im Oktober 1959 erreichte die Familie das Grenzdurchgangslager Friedland, wo er als aufnahmeberechtigt anerkannt wurde. In der Bundesrepublik hatte St. nun wiederum Sprachprobleme. Er konnte sich nämlich kaum auf Deutsch verständigen und den Behörden seinen Werdegang nicht mit den notwendigen Details schildern, um jene Unterstützungsleistungen zu erhalten, die den Aufbau einer Existenz in der Bundesrepublik erleichterten. Erst viereinhalb Jahre nach seiner Ankunft gelang es St., seinen Lebensweg in einer eidesstattlichen Versicherung darzulegen. Er hatte einen Notar gefunden, der litauisch sprach und seine Angaben übersetzen konnte. Nun gelang es St., erfolgreich eine Heimkehrerbescheinigung zu beantragen, die ihm und seiner Familie verschiedene sozialpolitische Leistungen bescherte, welche die Bundesrepublik für derartige Fälle bereithielt.

Die Wege, die durch das Lager Friedland führten, waren überaus vielfältig. Die Hintergründe und Umstände der Aufnahme unterschieden sich bei den Ankommenden trotz gewisser Gemeinsamkeiten erheblich. Gleichwohl verweist der vorgestellte Weg von Martin St. auf den gerade auch für Friedland entscheidenden Zusammenhang zwischen divergierenden ethnischen und rassischen Zuschreibungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einerseits und den Praktiken der Aufnahme in den Westzonen beziehungsweise der Bundesrepublik andererseits. Denn Familien wie jene von Martin St. sahen sich zu verschiedenen Zeiten Forderungen nach einer nur vermeintlich eindeutigen Kategorisierung ausgesetzt, die der Lebenswirklichkeit der Betroffenen vielfach kaum gerecht wurde. Verbunden waren derartige Bestrebungen, die »Volkszugehörigkeit« einzelner Personen oder Familien genau zu bestimmen, mit der Idee ethnisch homogener Nationalstaaten, die seit dem späten 19. Jahrhundert zusehends an Einfluss gewann. Zugunsten einer solchen Homogenisierung sollten ethnische Minderheiten – wen man im Detail darunter verstand, war keinesfalls einfach zu entscheiden<sup>3</sup> – notfalls auch gegen ihren Willen ihre bisherige Heimat verlassen und dafür in den ihnen zugeordneten Nationalstaaten angesiedelt werden.

2 Zu den Details und den wandelnden Bedingungen einer Übersiedlung siehe *Kapitel V*.

3 Mehr zu den Kriterien weiter unten.

Anknüpfend an völkische und rassistische Konzepte des »Lebensraums im Osten« und der Germanisierung des Bodens, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im Deutschen Reich kursierten, radikalisierte das nationalsozialistische Regime solche Ideen. Nach dem Überfall auf Polen begann das Deutsche Reich insbesondere im besetzten Osteuropa, aber letztlich in allen eroberten Gebieten in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß, über Bevölkerungen zu verfügen. Hierzu gehörte auch eine keineswegs einheitliche Germanisierungspolitik in den eroberten und annektierten Gebieten. Diese sah grundsätzlich zwei Wege vor, um Menschen als Angehörige des »deutschen Volkstums« anzuerkennen: zum einen wie im Falle der St.s im Zuge von Umsiedlungen aus jenseits des Deutschen Reichs gelegenen Gebieten, zum anderen über einen Eintrag in die »Deutsche Volksliste«. Zentrale Orte dieser Germanisierungspolitik waren verschiedene Lager, die einer »Durchschleusung« der Betroffenen diente, worunter nicht zuletzt auch rassistische und gesundheitliche Musterungen gehörten.<sup>4</sup>

Mit der deutschen Niederlage dienten die vorgenommenen Kategorisierungen im Nachkriegspolen, aber auch in anderen osteuropäischen Staaten vielfach als Grundlage für die Vertreibung von jenen, die sich während des Krieges als »Deutsche« bekannt hatten oder als solche eingestuft worden waren. Nun waren es wiederum Lager, in denen die Betroffenen aufgenommen, registriert und weitergeleitet wurden. Spätestens mit der Aufnahme der ersten Aussiedler im Lager Friedland griffen die bundesdeutschen Behörden selbst auf die Einstufungen der deutschen Behörden aus der Kriegs- und Besatzungszeit zurück. Weil formal nur »deutsche Volkszugehörige« in der Bundesrepublik aufnahmeberechtigt waren, mussten die mit diesen Fragen betrauten Verwaltungen, unter ihnen auch jene des Lagers Friedland, entscheiden, ob die Antragsteller als solche aufzufassen waren. Anhaltspunkte waren neben den Selbstauskünften der Aufgenommenen eben jene Einordnungen der deutschen Besatzungsbehörden, die nicht zuletzt auf völkischer und rassistischer Grundlage erfolgt waren.

### 1. Menschen als Verfügungsmasse – Bevölkerungsverschiebungen und die Idee der ethnischen Homogenisierung

Ethnische Säuberungen gehören zu den Kennzeichen des 20. Jahrhunderts. Auch wenn der Begriff erst mit den Balkankriegen der 1990er Jahre größere Verbreitung fand, lassen sich mit Norman Naimark zahlreiche weitere Geschehnisse seit Beginn des 20. Jahrhunderts als »ethnische Säuberung« (»ethnic cleansing«) begreifen. Während die Bandbreite zwischen ihren verschiedenen Ausformungen groß war und ist, eint ethnische Säuberungen das

4 Entsprechende Verweise folgen in diesem Kapitel.

Ziel, eine Bevölkerungsgruppe – oftmals einschließlich dessen, was kulturell an sie erinnert – dauerhaft aus einem mehr oder weniger klar umrissenen Gebiet zu entfernen. Ethnische Säuberungen waren damit, so Philipp Ther, in aller Regel raumübergreifend. Weil die betroffene Bevölkerungsgruppe kaum ohne Gewalt zum Verlassen ihrer Heimat zu bringen war oder ist, können ethnische Säuberungen in einen Genozid umschlagen oder zu denselben Ergebnissen führen.<sup>5</sup>

Gegenüber früheren Formen von Vertreibungen und Massakern sind ethnische Säuberungen ein Produkt der modernen Nationalstaaten.<sup>6</sup> Ihnen war die Vorstellung ethnischer Homogenität mit ihrer Abgrenzung von mehr oder weniger eindeutig markierten »Fremden« oder »Anderen« von Beginn an eingeschrieben.<sup>7</sup> Die ideologischen Grundlagen, um ganze Bevölkerungsgruppen definieren und bei Bedarf vertreiben zu können, lieferten nicht zuletzt die Rassentheorien, die seit dem späten 19. Jahrhundert zunehmend an Einfluss gewannen und schließlich auch wissenschaftliche Disziplinen prägten.<sup>8</sup> Die Verwaltungslogik der modernen Nationalstaaten wiederum zwang ihre Bewohner, sich eindeutig zu einem Volk oder zu einem Nationalstaat zu bekennen. Die herangezogenen Kriterien wie etwa die Sprache, die Kultur oder die Religion waren in der Praxis keineswegs eindeutig und gingen vielfach an der Alltagswirklichkeit der Menschen vorbei. So waren die indivi-

5 Norman Naimark, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Cambridge, Mass./London 2001, S. 2-5; Philipp Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten. »Ethnische Säuberungen« im modernen Europa*, Göttingen 2011, S. 7-14, dort zu der räumlichen Komponente S. 9. Insgesamt betont Ther gegenüber Naimark schärfer den strukturellen Unterschied zwischen einer »ethnischen Säuberung« und einem »Genozid«, der auch in den Opferzahlen seinen Ausdruck finde (S. 8f.). Vgl. auch Michael Schwartz, *Ethnische »Säuberungen« in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013 sowie Jan M. Piskorski, *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, München 2013. Zur Kritik an Piskorski siehe Michael Schwartz, Rezension zu: Jan M. Piskorski, *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, München 2013, in: *H-Soz-Kult*, 28.03.2014, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-20415>.

6 Zur Entwicklung des Nationalismus von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges siehe Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, München <sup>2</sup>1998, hier S. 121-154.

7 Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 24-49, hier vor allem S. 38 f.

8 Vgl. etwa die Beiträge in Marius Turda/Paul J. Weindling (Hg.), *»Blood and homeland«. Eugenics and Racial Nationalism in Central and Southeast Europe, 1900-1940*, Budapest/New York 2007. Siehe zu den Diskursen einführend auch Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt am Main <sup>2</sup>1996. Zum breiteren Kontext der Debatten um die Bevölkerungspolitik siehe Thomas Etzemüller, *Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2007.

duellen Zuordnungen zu einem Volk gerade in jenen Regionen, in denen sich vielfältige kulturelle Einflüsse überlagerten und – oftmals selbst innerhalb einer Familie – mehrere Sprachen gesprochen wurden, vielfach schwierig.<sup>9</sup> Der Fall der Familie St. zeigt diese Überlagerungen und wechselnden Zuordnungen eindrücklich. Wenn die Nationalstaaten, aber auch Vielvölkerstaaten wie Österreich-Ungarn eine ethnische Eindeutigkeit verlangten, weckten sie damit Widerstand und schufen erst das von ihnen als Problem empfundene Selbstverständnis nationaler Minderheiten.<sup>10</sup>

Seit dem frühen 20. Jahrhundert wuchs bei vielen europäischen Regierungen die Überzeugung, dass sich zwischen- und innerstaatliche Konflikte, die mit dem Zerfall der imperialen Reiche, vor allem des zaristischen Russlands, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches, einhergingen,<sup>11</sup> mithilfe einer ethnischen Homogenisierung der Nationalstaaten entschärfen ließen. Die technischen Errungenschaften der Moderne und der Ausbau der Verwaltungen boten die Grundlagen, um die zuvor zwar mitunter angedachten, aber kaum umfassend durchgeführten ethnischen Homogenisierungen tatsächlich durchsetzen zu können.<sup>12</sup>

### *Von den Balkankriegen zum Vertrag von Lausanne*

Erste zwischenstaatliche Bevölkerungsverchiebungen waren bereits nach den Balkankriegen der Jahre 1912/13 vereinbart worden. Der Umfang des vorgesehenen Austauschs wurde dabei in den Verhandlungen bald immer weiter ausgedehnt. Nur der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte die Umsetzung dieser Planungen.<sup>13</sup> Nach dessen Ende blieb die Frage möglicher Bevölkerungsverchiebungen weiterhin aktuell. Denn die Friedensverhandlungen in Paris nach Kriegsende hatten das so wahrgenommene Problem der ethnischen Minderheiten nicht lösen können. Die Großmächte hatten zwar versucht, den

9 Hahn/Hahn, *Die Vertreibung im deutschen Erinnern*, S. 119-121 weisen zu Recht darauf hin, dass diese ethnischen und kulturellen Überlagerungen in den bundesdeutschen Nachkriegsdiskursen um Flucht und Vertreibung stark vernachlässigt wurden und stattdessen eine angeblich rein deutsche Kultur im östlichen Europa übermäßig betont wurde.

10 Ausführlich zu diesen hier nur knapp angedeuteten Aspekten Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 23-67; Naimark, *Fires of Hatred*, S. 5-12.

11 Vgl. hierzu den Überblick bei Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2002, S. 69-84.

12 Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 50-58.

13 Athanassios Pitsoulis, *Vertreibung und Diplomatie: Hintergründe und Umdeutungen des griechisch-türkischen »Bevölkerungsaustauschs« von 1923*, in: *IMIS-Beiträge* 36 (2010), S. 37-66, hier S. 39-41; Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 71-80; für die Flüchtlingsströme siehe auch Michael R. Marrus, *Die Unerwünschten. The Unwanted. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert*, Hamburg 1999 [zuerst: 1985], S. 50-60.

Anteil der Minderheiten in den verschiedenen Staaten durch entsprechende Grenzziehungen zu verringern und eine Regelung zur Lösung bestehender oder etwaiger Minderheitenkonflikte zu etablieren. Aber schon während der Konferenz hatte sich auf britischer Seite Ernüchterung über die gefundenen Vereinbarungen eingestellt.<sup>14</sup> Tatsächlich waren die Ergebnisse für viele der beteiligten Staaten unbefriedigend. Vor allem in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bestand nach Ende der Verhandlungen aufgrund nicht erfüllter Territorialforderungen ein erhebliches Konfliktpotential.<sup>15</sup> So war etwa das Verhältnis zwischen dem wieder souverän gewordenen Polen und dem Deutschen Reich vom Grenzverlauf und zugleich von der Frage belastet, welche »Deutschen« als polnische Staatsangehörige in ihrer bisherigen Heimat bleiben konnten.<sup>16</sup>

Der Hang von Regierungen, aufgrund vermeintlich übergeordneter Interessen über Bevölkerungen zu verfügen, zeigte sich am nachdrücklichsten im Vertrag von Lausanne, mit dem die Türkei und Griechenland im Sommer 1923 einen auf Zwang basierenden Bevölkerungsaustausch vereinbarten. Die Übereinkunft war aber gerade nicht die Lösung eines Minderheitenkonflikts, sondern die Folge eines Krieges zwischen diesen Staaten.<sup>17</sup> Die Friedensverhandlungen hatten im November 1922 unter der Protektion verschiedener europäischer Großmächte in Lausanne begonnen. Zu ihnen zählten unter anderem Großbritannien, Frankreich und Italien, die nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches jeweils eigene strategische Interessen in der Region hegten. Für sie waren die Bevölkerungen wiederum nicht mehr als eine Verfügungsmasse, die man beliebig verschieben konnte. Der Friedensvertrag wurde – und diese Reihenfolge war bewusst gewählt – erst dann zwischen beiden Staaten geschlossen, nachdem der Bevölkerungsaustausch beschlossen worden war. Hinsichtlich der griechisch-orthodoxen Minderheit in der Türkei legitimierte der nach mühsamen Verhandlungen geschlossene Ver-

14 Zu diesem Aspekt Antony Lentin, »Appeasement« at the Paris Peace Conference, in: Michael Dockrill/John Fisher (Hg.), *The Paris Peace Conference. Peace Without Victory?*, Basingstoke 2001, S. 51-66.

15 Zur Idee der Minderheitenrechte und den Auswirkungen der Friedensverhandlungen gerade in Osteuropa siehe auch Mazower, *Der dunkle Kontinent*, S. 85-101. In einen breiteren politischen Kontext eingeordnet werden diese Entwicklungen bei Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus*, hier insbesondere S. 155-166.

16 Zum deutsch-polnischen Konflikt um Minderheiten- und Optionsfragen siehe Ralph Schattkowsky, *Die europäische Minderheitenfrage nach dem Ersten Weltkrieg und der deutsch-polnische Minderheitenstreit*, in: Frank-Lothar Kroll/Hendrik Thoß (Hg.), *Europas verlorene und wiedergewonnene Mitte. Das Ende des Alten Reiches und die Entstehung des Nationalitätenproblems im östlichen Mitteleuropa*, Berlin 2011, S. 117-147.

17 Norman Naimark, *Das Problem der ethnischen Säuberung im modernen Europa*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 48 (1999), Nr. 2, S. 317-349, hier S. 328 f. Vgl. zu den Geschehnissen ders., *Fires of Hatred*, S. 42-52; Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 96-100.

trag die vorangegangenen Fluchtbewegungen und Vertreibungen.<sup>18</sup> Über die Umsiedlung der verbliebenen Minderheiten entschieden gemischte, kaum einigungsfähige Kommissionen nicht nach kulturellen oder sprachlichen Kriterien, sondern nach dem Merkmal der religiösen Zugehörigkeit. Dabei wurden in Griechenland lebende Muslime zwangsumgesiedelt, die von den Vertreibungen und Entwurzelungen des Krieges gar nicht betroffen waren. Beide Seiten nutzten zudem die unklaren Definitionen, um sich weiterer Minderheiten zu entledigen. Der schließlich durchgeführte, keineswegs vollständige Bevölkerungsaustausch war wiederum von Zwang und Gewalt begleitet.<sup>19</sup>

Obschon die Bewertungen des Lausanner Vertrages in Wissenschaft und Publizistik bis Ende der 1930er Jahre durchaus ambivalent waren, bezogen sich Politiker und Regierungen immer wieder auf diese Vereinbarung, um Konzepte zum Bevölkerungsaustausch anzuregen oder Umsiedlungen durchzuführen. Die Härten und die Not, die mit diesem unter Zwang durchgeführten Bevölkerungsaustausch einhergegangen waren, verhinderten nicht, das dort umgesetzte Prinzip als probates Mittel zu begreifen, um (tatsächliche oder vermeintliche) Minderheitenprobleme zu lösen.<sup>20</sup> Im Münchener Abkommen vom Herbst 1938 versuchten insbesondere Großbritannien und Frankreich, das Deutsche Reich mit territorialen Zugeständnissen, welche die ethnischen Grenzen berücksichtigen sollten, zu beschwichtigen. Der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Italien über die Umsiedlung der deutschen Minderheit in Südtirol knüpfte 1939 ebenfalls an jenen Bevölkerungsaustausch an. Seit der Spätphase des Zweiten Weltkriegs war Lausanne auf britischer Seite wiederum ein Bezugspunkt in den Debatten über die Frage, wie mit den deutschen Minderheiten im östlichen Europa verfahren werden sollte, wenn die nationalstaatlichen Grenzen neu gezogen würden.<sup>21</sup>

18 Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 100 f.; zu den Verhandlungen siehe ausführlicher Pitsoulis, *Vertreibung und Diplomatie*, S. 50-62. Vgl. für den gesamten Komplex auch Schwartz, *Ethnische »Säuberungen« in der Moderne*, S. 396-411.

19 Naimark, *Fires of Hatred*, S. 55 f.; Marrus, *Die Unerwünschten*, S. 110-120; Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 102-104. Für die Flüchtlingsströme zwischen dem Balkan und der Türkei insgesamt siehe knapp Peter Gatrell, *The Making of the Modern Refugee*, Oxford 2013, S. 62-72.

20 Laut Ther habe sich der Lausanner Vertrag mit dem griechisch-türkischen Freundschaftsabkommen im Jahr 1930 zu einem »Mythos« entwickelt (*Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 104). Schwartz betont dagegen, der Bevölkerungsaustausch des Lausanner Vertrages sei erst durch die Expansionspolitik des Deutschen Reiches »schlagartig als alternatives Lösungsmodell für die Nationalitätenprobleme Mittel- und Osteuropas hervor[ge]treten«. (*Ethnische »Säuberungen« in der Moderne*, S. 414, siehe dort zu den Debattenbeiträgen der Zwischenkriegszeit, S. 411-424).

21 Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 108-111; Pitsoulis, *Vertreibung und Diplomatie*, S. 62-66.